MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1922

69 (10.2.1922) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-201857

Freitag, 10. Februar. Mittag-Ausgabe. 1922. — Nr. 65

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 20.—. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 45.—. Postscheckkonto Nummer 17590 Karlsruhe in Baden und Nummer 2917 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E 6, 2. Geschäfts-Nebenstelle Neckarvorstadt, Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Anzeigenpreise: die kleine Zeile Mk. 4.— ausw. Mk. 5.— Stellengesuche u. Fam.-Anz. 20% Nachlaß. Reklame Mk. 18.— Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 9½ Uhr, Abendbl. nachm. 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Ausgaben w. keine Verantwortg. übern. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu kein. Ersatzansprüchen f. ausgef. oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Reichsregierung und Beamtenstreik.

Beamtenrechte oder Streikrecht?

⊡ Berlin, 10. Februar.

(Von unserem Berliner Büro.)

Im Reichstag hat gestern Herr Dr. Wirth über den Eisenbahnerausstand gesprochen. Nur er allein. Der eigentliche Epilog zu diesem ersten und, man möchte hoffen, letzten deutschen Beamtenstreik, ist noch nicht gehalten worden. Darüber sind die Männer von der äußersten Linken sehr erbost gewesen. Sie meinten, ihre und der rebellierenden Beamten Sache würde geschädigt, wenn, wie sie sich auszudrücken beliebten, eine einseitige Darstellung vom Regierungstisch unwidersprochen ins Land ginge. Aber das Haus hat diesen Einwendungen, zu denen, wie schon so oft, dem Radikalismus von Links auch ein Teil der Deutschnationalen sich gesellte, nicht stattgegeben. Morgen erst, nach erneuten Fraktionsberatungen, will man zu dem Problem des Beamtenausstandes und den Erläuterungen der Regierung Stellung nehmen.

Kann sein (denn an sich hätte man ebenso gut schon gestern über diese Dinge sich unterhalten können), weil die Rede des Kanzlers für viele eine Ueberraschung war. Diese Rede hatte nur den einen Fehler, daß sie auf die Frage der Bestrafung der Sünder nicht einging, und die andere nur ganz von ferne streifte, warum der Kanzler die zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft, die am Dienstag abend von den Postlern in ihrer nicht gerade erfreulichen Mittlerrolle an ihn herangebracht wurden, überhaupt empfing. In der Beziehung begnügte Herr Dr. Wirth sich mit dem etwas vieldeutigen Satz: „Die Reichsregierung gab die Erklärung ab, daß Massenentlassungen und Massendisziplinarverfahren nicht erfolgen sollten." Aber von diesen Einschränkungen abgesehen, blieben die Ausführungen des Kanzlers durchaus zu loben. Sie stellten den frivolen und ungesetzlichen Bruch des Dienstverhältnisses in die Zusammenhänge unserer außenpolitischen Lage hinein als einen Verstoß wider die oft beschworenen „wirtschaftlichen Gesichtspunkte", zu denen wir die anderen Staaten bekehren wollen, und die wir deshalb im eigenen Hause zu allererst zu befolgen die Pflicht haben. Und tat er zum anderen an der Entwicklungsgeschichte und ihren einzelnen Phasen dar, wie wenig diese Beamten, denen immer wieder Entgegenkommen bewiesen und neues verheißen worden war, einen Anlaß hatten, mitten aus friedlich laufenden Verhandlungen heraus zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel zu greifen.

Nachdem Herr Dr. Wirth aber solchergestellt die Eisenbahnbeamten doppelt ins Unrecht gesetzt hatte — als Glieder einer Masse, gegen deren Interesse sie sich vergingen, und deren sämtliche Organisationen darob gegen sie sich erklärten und als Angehörige der deutschen Volksgemeinschaft, die neue Steine auf den ohnehin dornenvollen Weg unserer Außenpolitik rollten — kam er zu der Kernfrage: gibt es für öffentlich-rechtlich angestellte Beamte einen Streik? Der Kanzler hat diese Frage rundweg verneint. Hat auch gar nicht zimperlich für die Vorgänge der letzten Woche die richtige Bezeichnung gefunden, indem er sie unter dem Beifall des Hauses eine Revolution und einen Aufruhr nannte. In der Begründung solcher Auffassungen hat er neue Gesichtspunkte nicht beigebracht, er konnte sie auch nicht beibringen. Was über diese staatsrechtliche Unmöglichkeit, die jede Gemeinschaft auflösen und jeder Regierung den Fall bereiten muß, von politischem und juristischem Gesichtspunkte aus zu sagen ist, ist in diesen Tagen von Politikern und Juristen und auch nach dem Empfinden des gesunden Menschenverstandes gesagt worden. Das Bedeutsame aber war, daß auch ein mit seinen Sympathien so sehr nach links neigender Mann wie der gegenwärtige Reichskanzler derartiges aussprach, daß er zu dieser Anschauung sich bekannte als der Spitzenführer eines Kabinetts von starkem sozialistischem Gepräge. Bleibt die Regierung in diesen Stücken fest, gerät vor allem die Mehrheitssozialdemokratie nicht wieder ins Wanken, dann läßt sich vielleicht doch behaupten, daß wir einen Schritt weiter getan haben, die Revolution im wesentlichen zu überwinden.

Zum Teil kann man leider ganz so hoffnungsfreudig noch nicht sein. Nicht wegen den einschränkenden Bemerkungen des Kanzlers über den Referentenentwurf zum Arbeitszeitgesetz. Gewiß läßt sich das Problem in der Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften lösen. Dagegen ist vielmehr das Ziel unverrückbar im Auge zu behalten, nicht nur die Eisenbahn sondern die deutsche Arbeit wirtschaftlicher zu gestalten. Aber der Reichspräsident hat gestern richtig die Verordnung vom 1. Februar wieder aufgehoben, und die Befürchtung ist nicht ganz abzuweisen, daß der Zeitpunkt verfrüht war, denn immer noch drohen — der Unabhängige Herr Dittmann hat in der gestrigen Geschäftsordnungsdebatte denn auch ausdrücklich damit gedroht — neue Aufruhrflammen zu steigen.

Dann ist noch ein Wort über die Roheit der kommunistischen und unabhängigen Zwischenrufe zu sagen. Als der Kanzler gestern davon berichtete, daß der Notbetrieb von Tag zu Tag sich gebessert und man Hoffnung hatte, den Verkehr auf 50 Proz. zu steigern, warf ein unholder Geist von dem Gelächter der dankbar Freundschaftlichen begleitet ein: „Es sind genug Eisenbahnunfälle vorgekommen." Und als Herr Wirth der süddeutschen Beamtenschaft für ihre Treue dankte und der Nothilfe für die restlose Hingabe, ertönte es im unsauberen Chorus: „Streikbrecher".

Der „Vorwärts" zeigte sich gestern abend besorgt, daß es über den Beamtenstreik noch zu einer Kabinettskrise und zu einem Sturz des Ministeriums Wirths kommen könnte. Richtig ist es, daß man von der Methode der letzten Tage, vornehmlich auch von den Verhandlungen des Kanzlers mit den zwei Vertretern der streikenden Gewerkschaften nicht gerade erbaut ist. Und zwar nicht nur bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sondern auch innerhalb der demokratischen Fraktion. Tatsächlich ist denn auch wohl von der Deutschen Volkspartei — in der gestrigen Abendnummer der „Zeit" wird das unumwunden angedeutet — ein scharfer Vorstoß gegen den Kanzler geplant gewesen, in welchem Falle Herr Dr. Stresemann selber das Wort geführt hätte. Wir möchten aber annehmen, daß nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers auch dieser Sturm beschworen ist.

Die Regierungserklärung.

Es gibt kein Streikrecht der Beamten.

(Sitzungsbericht.)

WB. Berlin, 9. Februar.

Am Regierungstisch der Reichskanzler und sämtliche Kabinettsmitglieder.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mitgeteilt, daß der bekannte Streikerlaß des Reichspräsidenten heute außer Kraft getreten sei.

Präsident Löbe erklärt, daß dadurch die Anträge auf Aufhebung des Erlasses erledigt sind.

Abg. Adolf Hoffmann (Kom.) beantragt namens seiner Fraktion die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen streikende Beamte.

Abg. Ledebour (USP.) beantragt, diesen Antrag gemeinsam mit der Erklärung des Reichskanzlers zur Aussprache zu stellen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Reichskanzler Dr. Wirth.

Als ich vor 14 Tagen im Namen der Reichsregierung dem hohen Haus die dringendsten Aufgaben der inneren und äußeren Politik darlegte, habe ich mit besonderer Betonung die Zusammenhänge festgestellt, die zwischen dem die Außenpolitik beherrschenden Problem der Reparationsfrage und der inneren Lage des Staates bestehen. Die Regierung hat keine Gelegenheit versäumt, um dem deutschen Volk die Erkenntnis erstehen und wachsen zu lassen, daß nur die nüchternste und straffste Arbeitszucht, der Verzicht sowohl auf politische Romantik als auch einseitige und egoistische Interessenvertretung uns über die schwere Zeit hinwegbringen können. Die Wendung, die gerade in der letzten Zeit die Reparationsfrage genommen hat, die in der Welt aufdämmernde Erkenntnis, daß die Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau der Weltwirtschaft gesichert werden müsse, wenn nicht die ganze Welt zugrunde gehen soll, die Werbekraft der Gedanken, mit denen wir die Reparationsfrage aus den Fesseln der Gewaltpolitik lösen und in die Methode wirtschaftlicher Möglichkeiten überführen wollen, hängt ab von dem Grade des Vertrauens, das Deutschland und seine parlamentarische Regierung dem Auslande einzuflößen imstande ist. Es ist klar, daß ein Staat, der andere zu wirtschaftlichen Gesichtspunkten bekehren will, dann Glauben findet, wenn er selbst die Lehre, die er predigt, in seinem Hause anwendet. An der von uns betonten und geforderten Pflicht, die von jedem einzelnen Deutschen und von jedem Beruf und jeder Klasse die strengste Selbstzucht und das höchste staatliche Verantwortungsgefühl erfordert, ist in letzter Zeit schwer gesündigt worden. Nicht etwa durch politische Parteien, die sich in Opposition zur Regierung befinden oder in Regierung des Staates, nein, gerade von Elementen, die nach ihrer Tätigkeit und Stellung, die sie im Staat einnehmen, in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu stützen, eine Not mitzufühlen, die Lage des Staates mit der ihrigen zu identifizieren und ihm in politisch unruhigen Zeiten einen festen Halt zugeben. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der im Dienste der Reichseisenbahn stehenden Beamtenschaft, ein Vorgang, den man im wirtschaftlichen Leben Streik nennt, den ich aber nicht zögere mit dem scharfen Wort

Revolte in der Beamtenschaft

zu benennen, ist eines der betrübendsten Ereignisse der letzten Jahre, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind: verurteilenswert besonders deshalb, weil diejenigen, die zu dem Schritte rieten, genau wissen mußten, daß sie damit die schwer kämpfende deutsche Außenpolitik in die größten Gefahren bringen würden.

Der Kanzler schilderte dann den Hergang und die Entwicklung des Beamtenstreiks und fuhr dann fort: Bemerkenswert ist, daß im erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft der Streik mit nur 20 gegen 15 Stimmen bei 1 Stimmenenthaltung beschlossen wurde. Im eigentlichen geschäftsführenden Vorstand war das Stimmenverhältnis 4:4. Mit Beginn des 2. Februar setzte der Streik ein. Die Züge wurden im allgemeinen noch bis zu Ende durchgeführt. Die Arbeiterschaft beteiligte sich nicht am Streik. Nachdem zunächst in den vom Streik betroffenen Bezirken der Personenverkehr vollständig stillgelegt war, machte sich der Erfolg der Anweisungen des Reichsverkehrsministers auf Einsatz der Technischen Nothilfe sehr rasch bemerkbar. Dringendste, lebenswichtige Güter, insbesondere Milch, Vieh und Kohlen wurden schon in den ersten Tagen in beschränktem Umfange und im Lokalverkehr gefahren. In den darauffolgenden Tagen zeigten sich die Erfolge der angeordneten Maßnahmen in ständig zunehmendem Maße. Die Reichsregierung lehnte Vermittlungsversuche mit der Reichsgewerkschaft ausdrücklich ab, erklärte sich aber bereit, am darauffolgenden Tage mit den Spitzenverbänden einschließlich des Deutschen Beamtenbundes in Verhandlungen einzutreten. Dabei wurde zugelassen, daß alle Vertreter des Beamtenbundes, auch solche Mitglieder der Reichsgewerkschaft sich beteiligen könnten, die dem Vorstand des Beamtenbundes angehören, sich von Anfang an gegen den Streik erklärt haben und ihn nach wie vor verurteilten. Diese Besprechungen führten zu einer Erklärung des Reichsfinanzministers, wonach die Reichsregierung bereit sei, baldmöglichst in eingehende Besprechungen über alle Besoldungsfragen einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme zu prüfen. Auch der 23. Ausschuß des Reichstages für Beamtenangelegenheiten hat inzwischen in Aussicht genommen, bei Gelegenheit seiner Beratung über die automatische Anpassung der Gehälter und Löhne an die jeweilige Teuerung auch die Frage der Nachprüfung der Grundgehälter der Beamten in Erörterung zu ziehen. Am Dienstag, den 7. Februar verpflichtete sich die Reichsgewerkschaft, den Streik abzubrechen. Auch die Regierung gab eine Erklärung ab, daß

Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen nicht stattfinden

werden, und daß die Anwendungen und Durchführungen der Disziplinarverfahren nach Richtlinien erfolgen solle, die das Gesamtkabinett aufstellen werde. Zu der Zeit, als sich die Reichsgewerkschaft zum Abbruch des Streiks entschloß, war der Notstandsbetrieb durch die umfassenden Maßnahmen der Eisenbahnverwaltungen schon soweit ausgedehnt, daß in allen Bezirken etwa 30 Proz. des normalen Verkehrs bewältigt wurden. Es war damals mit Sicherheit vorauszusehen, daß es kürzester Zeit gelingen werde, bis zu 50 Proz. den Verkehr noch zu steigern.

Lassen Sie mich nun nach Schilderung der äußeren Entwicklung des Streiks zu den

Forderungen

übergehen, welche der Bewegung den Anschein der Berechtigung geben sollten. Am 3. Dezember, wenige Wochen nach einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter und Löhne, die das Reich, die Länder und Kommunen mit einem Gesamtmehraufwand von rund 15 Milliarden belastet hatte, stellte der Beamtenbund die bekannten, von den übrigen Spitzenverbänden mit unterzeichneten Forderungen auf, in denen eine nochmalige grundlegende Neuregelung der Beamtenbesoldung verlangt wurde. Sie hätten für die Mehrzahl der Beamten und Angestellten eine Erhöhung bis zu 70 Proz. der kurz vorher festgesetzten Gesamtbezüge, für die Arbeiter einen Lohnzuschlag von 48—73 Prozent der neuen Gesamtbezüge bedeutet und hätten Reich, Länder und Kommunen mit einem Gesamtmehraufwand von 50 bis 60 Milliarden belastet. Am 13. Dezember antwortete der Reichsfinanzminister dem Beamtenbund, daß es ihm nicht möglich sei, diese Forderungen als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen anzusehen. Diese Antwort entsprach durchaus der Auffassung der Reichsregierung, und ich darf wohl sagen, auch dieses Hauses und der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Kurz vor Weihnachten zogen hierauf die Spitzenverbände ihre Forderungen der Höhe nach zurück. Nach langen Verhandlungen einigte man sich mit den Spitzenverbänden, und schon am 12. Januar wurde den Spitzenverbänden erklärt, der örtliche Ausgleich werde zwar für die Beamten schwieriger sein als für die Arbeiter, es würde aber alsbald in die Prüfung der Frage eingetreten werden, wie diese Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Gestern haben die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates der Regierungsvorlage über die Gewährung widerruflicher Wirtschaftsbeihilfen an die Beamten an Orten mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen zugestimmt und heute nachmittag wird sich das Plenum des Reichsrates mit dieser Frage beschäftigen. Obwohl die Oeffentlichkeit über diese Vorgänge ständig auf dem Laufenden gehalten wurde, stellte die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner am 27. Januar erneut die von den Verbänden am 3. Dezember erhobenen Forderungen, die der Reichsfinanzminister wegen ihrer untragbaren Milliardenaufwände abgelehnt und die Spitzenverbände selbst nicht mehr aufrechterhalten hatten. Dieser Forderung gab die Reichsgewerkschaft

ultimativen Charakter,

indem sie für den Fall der Nichtbewilligung innerhalb 5 Tagen mit der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels drohte. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Eine Zurückziehung des Referentenentwurfes kann mit irgendwelcher Berechtigung schon deshalb nicht beansprucht werden, weil die Verhandlungen über den Gegenstand noch nicht abgeschlossen sind und überdies eine endgültige Entschließung des Reichsverkehrsministers überhaupt noch nicht vorliegt. Ebensowenig läßt sich der Standpunkt begründen, daß es sich um ein sachlich unbegründetes Ausnahmegesetz gegenüber den Eisenbahnbeamten handelt. Ferner stelle ich fest, daß keine Erlasse oder Verordnungen gegeben sind, durch die die bestehenden Bestimmungen über den 8 Stundentag eingeschränkt werden sollen. Es handelt sich vielmehr nur um Durchprüfung bisheriger Vorschriften. Es ist mir im übrigen durchaus erwünscht, daß die Organisationen der Arbeiter anderer Zweige die Arbeitszeit ihrer Kollegen bei der Eisenbahn nachprüfen; aber um eines wird man nicht herumkommen können, nämlich um das, daß die Eisenbahnen wirtschaftlich gestaltet werden müssen. Dies waren also die sachlichen Grundlagen des Streiks, von denen ich Ihnen gezeigt zu haben glaube, daß sie teils unberechtigt waren, teils geringfügig, teils auf bereits eingeleiteten und mit Aussicht auf Einigung geführten Verhandlungen beruhten. Die Reichsgewerkschaft setzte sich mit ihrem durch nichts gerechtfertigten, brüsken Vorgehen ins Unrecht gegenüber der Reichsregierung, die ihr äußerstes getan hatte, um zu einer befriedigenden Lösung der Gehalts- und Lohnfragen zu kommen. Sie setzte sich ins Unrecht gegenüber den übrigen Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bereit waren, den bei den Januarverhandlungen eingeschlagenen Weg zu verfolgen. Sie setzte sich ins Unrecht gegenüber der Beamtenschaft, deren vornehmste Rechte sie durch die Anzettelung des Beamtenstreiks, des ersten Beamtenstreiks, aufs allerschwerste gefährdete, denn welchen schweren Stoß die Idee des Berufsbeamtentums durch diesen Streik erlitten hat, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Die Reichsgewerkschaft setzte sich ins Unrecht gegenüber dem gesamten deutschen Volke, dem sie Lasten aufzubürden versuchte, die es keinesfalls hätte tragen können, und indem sie in den Tagen einer äußerst schwierigen äußeren und inneren Lage neue Schwierigkeiten nach innen und außen brachte. Damit komme ich zu der

Kernfrage der ganzen Angelegenheit,

zu der Frage, wie sich die Reichsregierung an sich zu dem Vorgang prinzipiell stellt. Kernfrage war nicht die wirtschaftliche und die Arbeitszeitfrage, über die gesprochen werden kann, sondern die Frage des

Streikrechts der Beamten.

In dieser Frage sind sich alle Regierungen nach der Staatsumwälzung einig gewesen und keine Regierung kann zu einem anderen Ergebnis kommen: Für den öffentlichen, rechtlich angestellten Beamten

gibt es kein Streikrecht,

nicht etwa deswegen, weil die Beamten „Hörige" sind, wie es in kühnen Streikreden heißt, sondern gerade umgekehrt, weil sie ein Teil der Regierung sind, weil sie Organe der Regierung sind. Regierungen und Organe der Regierungen die die ihnen obliegenden Arbeiten verweigern, haben ihre Berechtigung als solche verloren. Die Verfassung gibt jedem Deutschen und Beamten, auch den Beamten der Eisenbahn, das Recht der Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und wirtschaftlichen Bedingungen. Aber weder nach dem Wortlaut noch nach dem Sinne und Geist der Verfassung kann daraus abgeleitet werden, daß die Beamten

entgegen ihrem Diensteid

und den von ihnen übernommenen öffentlichen rechtlichen Beamtenpflichten nur auch das Recht hätten, ihre Dienstgeschäfte gemeinsam niederzulegen. Der Beamte übernimmt vielmehr nach dem Gesetz und nach dem Diensteid bei Vermeidung disziplinarischer Verantwortung die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt mit Gewissen-

MARCHIVUM

haftigkeit zu versehen. Dieser Verpflichtung des Beamten gegenüber stehen aber seine besonderen Rechte, kraft derer er auch seinerseits in besonderem Maße gegen Kündigung und Entlassung geschützt ist. Alle Rechte der Beamten sind wohlerworbene Rechte im Sinne der Verfassung und sind als solche geschützt und ein Teil der Verfassung selbst.

Diese Rechte sind mit einem Streikrecht der Beamten unvereinbar.

Sollten wir den Eisenbahnern oder irgend einer anderen Gruppe von Beamten das Recht gewähren, einseitig den Dienst niederzulegen, so müßte auch dem Reich das Recht der Kündigung und Entlassung zustehen, d. h. die ganzen Grundlagen der Anstellung müßten von Grund auf geändert werden. Es würde nicht mehr Beamte, sondern auf Privatdienstvertrag angenommene, jederzeit kündbare Angestellte geben. Ein Streikrecht der Beamten ist aber auch unvereinbar mit geordneter Staatsverwaltung. Darin sind sich die Staaten aller Zeiten und Länder einig, und auch Sowjetrußland bildet in diesem Punkt keine Ausnahme. Auch der sächsische Minister des Innern, Herr Lipinski, der der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehört, hat den gleichen Standpunkt verkündet und begründet. Ich muß es mit aller Deutlichkeit sagen:

Ich wäre nicht in der Lage, eine Regierung länger zu führen, wenn ein Streikrecht der Beamten anerkannt würde.

Die Reichsregierung ist entschlossen, das Berufsbeamtentum mit den negativen, aber auch mit den positiven Konsequenzen zu erhalten, die sich aus der besonderen Stellung dieses Standes ergeben. Sie kann das Streikrecht des Berufsbeamtentums nicht anerkennen, aber sie anerkennt auf der anderen Seite die Pflicht des Staates, durch Fürsorge für die Beamten in den Grenzen des Möglichen, und soweit dies mit den Interessen der Gesamtheit vereinbar ist, dazu beizutragen, daß der Körper der Beamtenschaft sozial gesund bleibt und an seiner standesmäßigen Aufopferung für den Staat nicht irre wird. Die Regierung glaubt, für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sie der Beamtenschaft durch die sachliche Erledigung der Beamteninteressen keinen Anlaß gegeben hat, dem Staat das Vertrauen zu kündigen und sich zu einer Aufruhrbewegung hinreißen zu lassen, die den Staat sowohl wie das Berufsbeamtentum schlechthin negiert.

Die Bewegung, die das Reich eine Woche lang in Atem gehalten hat, Handel und Verkehr auf das schwerste geschädigt und der Regierung bei der Führung ihrer dringlichsten politischen Aufgaben die Hand gelähmt hat, ist zu Ende. Wir sind ihrer, gestützt auf die unzweideutigen Kundgebungen des Volkes in allen seinen Schichten und Vertretungen Herr geblieben. Ich will nicht versäumen, denjenigen, auf die wir uns während der Abwehr des uns aufgezwungenen Kampfes stützen konnten, den Dank des Staates auszusprechen. Ich gedenke dabei der süddeutschen Länder und ihrer Beamtenschaft, die durch ihre besonnene und ruhige Haltung viel dazu beigetragen hat, daß die Bewegung über ihre Harde nicht wesentlich hinauswachsen konnte. Er gedenke der Männer, die von uns aufgerufen, sich als Technische Nothilfe zur Verfügung gestellt haben. Diese Männer haben sich zur Verfügung gestellt, um wenigstens den notdürftigsten Verkehr aufrechtzuerhalten und die gröblichsten Schädigungen an Leben und der Gesundheit der Bevölkerung, namentlich der großen Städte zu verhindern. Mit der Beendigung des Streiks ist die

Verordnung, die der Reichspräsident

am 1. ds. M. erlassen hat, und in der das Verbot der Arbeitsniederlegung durch die Beamten der Reichseisenbahnen ausdrücklich ausgesprochen war, als solche gegenstandslos geworden. Der Reichspräsident hat die Verordnung mit Wirkung ab heute mittag 12 Uhr

aufgehoben.

Daß mit der Aufhebung der Verordnung nun etwa auch das Streikrecht der Beamten wieder freigegeben würde, diesen Schluß würde die Regierung niemals zugeben können. Die Wege zur Arbeit sind wieder frei. Wer es mit dem deutschen Volk gut meint, kann ihm keinen anderen Rat geben, als den, auf dem Wege zur Arbeit nicht leichtfertig Hindernisse für Staat und Gesellschaft aufzurichten.

Der lebhafte Beifall der überwiegenden Mehrheit des Hauses bewies, daß der Kanzler die richtigen Worte und den richtigen Ton gefunden hatte.

Da von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden war, nunmehr die Verhandlungen abzubrechen, um zu den Ausführungen des Kanzlers zunächst innerhalb der einzelnen Fraktionen Stellung zu nehmen, wurde die Vertagung der Aussprache gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten und der Hälfte der Deutschnationalen auf morgen 1 Uhr beschlossen.

Vor einer Rede des Reichsverkehrsministers.

ORB. **Berlin**, 10. Febr. Das „B. T." meldet: In parlamentarischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die Rede des Reichskanzlers die Situation insofern geklärt hat, daß die von der Rechtspresse gemachte Behauptung, die Regierung werde von der Liquidation des Streikes absehen, noch einmal widerlegt worden ist. Die Tatsache, daß in der Geschäftsordnungsdebatte für die streikenden Beamten lediglich die Kommunisten u. Unabhängigen eintraten, dürfte den Beamten gezeigt haben, wie sehr sie sich bei der Verteidigung ihrer Interessen vergriffen haben. Was die Maßregelungsfrage betrifft, besteht in parlamentarischen Kreisen Einmütigkeit darüber, daß die Leiter des Streikes bestraft werden müssen, daß aber der irregeführten Masse der Beamten gegenüber Nachsicht zu üben ist. In der heutigen Sitzung des Reichstages wird der Reichsverkehrsminister das Wort zu längeren Ausführungen über seine Stellungnahme zur Streikordnung der Beamten ergreifen, voraussichtlich auch die Maßregelungsfrage erörtern.

Die Beihilfen für Beamte.

WB. **Berlin**, 9. Febr. Im Reichsrat teilte der Referent der Ausschüsse, Ministerialdirektor Sachs, mit, daß der 5. Nachtragsetat eine Mehrausgabe von insgesamt 9,7 Milliarden Mark bringe, wodurch der Fehlbetrag für 1921 auf rund 172 Milliarden Mark sich erhöht. Hauptsächlich handelt es sich um die Beihilfen für Beamte in den Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen. Ueber die Verteilung im einzelnen werde sich das Reichskabinett noch schlüssig machen. Mit Rücksicht auf die Zusage des Reichskanzlers bei den Verhandlungen über den Abbruch des Eisenbahnerstreiks kam in den Ausschüssen die Ueberzeugung auf, daß es nicht möglich sei, dieser Forderung die Zustimmung zu versagen.

Keine Erwerbslosenunterstützung für Streikende.

ℭ **München**, 10. Febr. (Eig. Drahtber.) Einer amtlichen Bekanntmachung des bayerischen Sozialministeriums zufolge ist gemäß telegraphischer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums bei Arbeitslosigkeit, die durch den Eisenbahnerstreik verursacht wird, Erwerbslosenunterstützung nicht zulässig.

Steuerkompromiß.

Neue Verhandlungen.

ORB. **Berlin**, 10. Febr. Die „Vossische Zeitung" meldet, gestern abend hätten neuerdings Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei über das Steuerkompromiß stattgefunden. Das ursprüngliche Kompromiß ist bekanntlich für die Deutsche Volkspartei dadurch hinfällig geworden, daß sie nach der Ernennung Rathenaus zum Außenminister erklärte, wieder die Freiheit der Entschließung zu haben. Bei den Fraktionsberatungen, die gestern abend stattfanden, wurde die interfraktionelle Besprechung auf heute vormittag verschoben.

England und Frankreich.

EP. **London**, 10. Febr. (Eig. Drahtber.) Der französische Gesandte hat gestern nachmittag seine Besprechungen mit Lord Curzon über den Garantievertrag, die Orientfrage und die Konferenz von Genua fortgesetzt. Was die Orientfrage anbelangt, bestehen gegenwärtig nur noch Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Sanktionen und die Frage der Grenze Thraziens. Die Frage der Konferenz von Genua hängt von Lloyd George ab. Der französische Botschafter wird die Frage mit Lloyd George direkt besprechen. Man erfährt aus den der Regierung nahestehenden Kreisen, daß der französische Vorschlag, die Konferenz von Genua zu verschieben, eine sehr ungünstige Aufnahme gefunden hat.

ORB. **Paris**, 9. Febr. Poincaré hat der englischen Regierung seine Absicht mitgeteilt, seine Note über die Konferenz von Genua zu veröffentlichen. Er fragt bei der englischen Regierung an, ob sie irgend einen Einwand gegen diese Veröffentlichung habe. Die Antwort des Foreign Office ist noch nicht eingetroffen.

Die italienische Presse zum französischen Vertagungsplan.

ORB. **Rom**, 9. Febr. Die italienische Presse greift die französische Sabotage gegenüber der Konferenz von Genua an. Die Einwände Poincares vom 3. Februar seien nicht stichhaltig. Der Versailler Vertrag sei bereits durch mehrere Londoner und Pariser Konferenzen durchbrochen worden, so daß man nicht mehr von der Unantastbarkeit dieses Vertrages sprechen könne. In Bezug auf Rußland sollte gerade Genua die für die Wiederaufnahme des Außenhandels nötigen Garantien finden. Die drohende Sprache Poincares vor dem Heeresausschuß der französischen Kammer stimme mit seiner Haltung gegenüber dem Konferenzgedanken überein.

Die Konsolidierung der alliierten Schulden.

Ep. **Washington**, 10. Febr. (Eig. Drahtber.) Präsident Harding hat das Gesetz über die Konsolidierung der alliierten Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Es wurde beschlossen, daß die Ausführung dieses Gesetzes sofort in Angriff genommen werden soll. Zu diesem Zwecke hat Harding eine Kommission von 5 Mitgliedern ernannt, bestehend aus Hughes, Hoover, Mellon und 2 republikanischen Senatoren.

Pius XI.

Eine Erklärung aus dem Vatikan.

ORB. **Rom**, 9. Febr. Die Agentur „Volta" erfährt aus dem Vatikan: Papst Pius XI. hat es lebhaft bedauert, daß ein Teil der französischen Presse seine Wahl als eine Aenderung der politischen Orientierung des Heiligen Stuhles in einem franzosenfreundlichen und einem deutschfeindlichen Sinne glaubte deuten zu können.

Sobald der Papst von diesen Behauptungen Kenntnis erhielt, berief er den Kardinal Bertram, Erzbischof von Breslau zu sich, und bat ihn in einer herzlichen Unterredung, Deutschland zu versichern, daß er alle Sympathien für die deutschen Katholiken hege und daß er alle Völker ohne jeglichen Unterschied und Vorzug segne.

Der Verräter im Rheinland.

Sonderbündlerische Umtriebe.

ORB. **Paris**, 9. Febr. „Continental News" teilt mit: Poincare hatte durch die französische Militärstelle in Mainz dem rheinischen Sonderbündler Dr. Dorten den Wunsch nach einer Unterredung übermitteln lassen, weil er den Eindruck gewonnen habe, daß die Propaganda im Rheinlande nicht immer mit der französischen Propaganda zu verbinden sei und er sich nicht dem Glauben verschließen könne, daß ein tüchtiger Mann an die Spitze einer Propagandazentralinstanz berufen werden müsse. In der über eine Stunde dauernden Unterredung entwickelte man gegenseitig ein Programm. Dr. Dorten machte den bestimmten Vorschlag über eine demnächst einzuleitende Propaganda und äußerte seine Unzufriedenheit über die bisherige Propaganda, die wenig Erfolg gehabt hätte, weil die französischen Militaristen nach ihrer Eigenart Politik betrieben und ihm wiederholt schwere Konflikte heraufgeschworen hätten. Poincare entwickelte den Plan, zwischen den rheinischen, elsässischen u. lothringischen Katholiken ein Band der Versöhnung und Freundschaft zu knüpfen. Dr. Dorten hatte später noch einige Besprechungen mit leitenden Beamten des auswärtigen Amtes, über die er sich sehr befriedigt äußerte. Man nimmt an, daß Dr. Dorten seinen Wohnsitz in Bonn oder in Trier nehmen wird.

Deutsches Reich.

Die Deutsche Volkspartei und der Fall Wirth-Rathenau.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Kulenkampff äußert sich in der „Magdeburgischen Zeitung" über die Haltung der Deutschen Volkspartei zum Fall Wirth-Rathenau folgendermaßen:

„Unter der Bedingung, erst einmal die Staatswirtschaft zu sanieren, war die Fraktion der Deutschen Volkspartei bereit, wohlwollend zu beobachten, aber sie stellte durchaus nicht die Bedingung, daß die Sanierung nun durch ihre eigene Seite erfolgen müsse. Nichts unrichtiger als das! Dem Vaterland gilt es — nicht der Partei. Niemand wäre froher als die Deutsche Volkspartei, wenn das Kabinett Wirth-Rathenau vollen politischen Erfolg hätte. Niemand anderseits stünde schwerer belastet und stärker angegriffen da, als die Deutsche Volkspartei, wenn sie nur einen Mann in der Regierung hätte und doch der Erfolg ausbliebe oder gar ein Mißerfolg käme. Es handelt sich um rein geschäftliche Erwägungen. Die Frage, die in der letzten Zeit klarer, geradliniger Verhandlungsführung gestellt wurde, ist heute noch unbeantwortet. Sie lautet, gerichtet an Herrn Wirth: Wie soll die Wirtschaft in den Staatsbetrieben in Ordnung gebracht werden, und welche Männer (die durchaus nicht zu uns zu gehören brauchen) sollen die Gewähr übernehmen? Auf diese Frage ist bisher keine Antwort erteilt worden. Solange sie aussteht, würde es haltlose Schaukelpolitik bedeuten, wollte die Deutsche Volkspartei über das Eintreten in die Regierung mit sich reden lassen. Und im Zusammenhang damit ist Herrn Rathenaus Ernennung durchaus kein Affront, sondern nur eine Tatsache, die möglicherweise das Ersuchen um weitere Garantien zur Folge haben wird. Sonst nichts, ganz gleichgültig, wie dieser oder jener über Herrn Rathenau denkt oder schreibt. Politik ist nicht Sache von Meinungen, sondern von Taten. Zu Taten aber gehören Vorbedingungen, die in diesem Falle der jeweilig stärkste Machthaber schaffen muß. Es wäre ein schlechter Dienst am Vaterland, wenn die Deutsche Volkspartei jetzt bedingungslos in die Regierung drängte. Sie würde ungeklärte Vorbedingungen zu Taten verleiten. Ebenso schlecht wäre der Dienst, stiebe sie davon, um „rasche die Dinge an sich herankommen zu lassen". Sie hat nur einen Weg: Garantien für die Ordnung des Staates hat sie verlangt. Werden sie abgelehnt, so ist die Uebernahme eines Teilhaberrisikos widersinnig. Werden sie gegeben, so kommt Teilhaberschaft mit oder ohne Dreingabe des eigenen Namens in Frage."

Sepp Oerter Minister a. D.

Berlin, 10. Februar. (Priv. Tel.) Blättermeldungen aus Braunschweig zufolge veröffentlicht der mehrheitssozialistische „Volksfreund" neue Enthüllungen über den unabhängigen Minister a. D. Oerter. Danach soll Oerter während seiner Ministerpräsidentschaft von dem Fabrikanten Kemmel in Hehlen, der während der Amtstätigkeit Oerters zum Großkapitalisten geworden ist, 3 Prozent des buchmäßigen Reingewinns und Vorschüsse in Höhe von 3000 und 10 000 Mark verlangt haben. Die Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hat an die Fraktion der U. S. P. ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangt, daß Oerter aus der U. S. P. ausscheidet und sein Mandat niederlegt. Anscheinend wollen die Mehrheitssozialisten von der Erfüllung dieser Forderung ihren Eintritt in eine Arbeitsgemeinschaft mit U. S. P. abhängig machen.

Baden.

Eine nachträgliche Kundgebung gegen den Streik.

TU. **Karlsruhe**, 9. Febr. Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, sowie die Deutsche Postgewerkschaft hielten gestern nachmittag eine sehr stark besuchte Versammlung ab, die sich zu einer machtvollen Kundgebung gegen den ungewerkschaftlichen Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten gestaltete. Nach einem Referat des Schriftleiters Rümmele wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der sich die Versammlung mit den Anordnungen der Verbandsleitung und der Stellungnahme der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner zum Reichsgewerkschaftsstreik einverstanden erklären. Die Versammelten forderten die Gewerkschaftsleitung auf, mit aller Macht dafür einzutreten, daß die Einkommensbezüge, vor allem der unteren Beamten und Arbeiter wesentlich erhöht werden, ferner daß jede Verschlechterung der Dienst- und Ruhevorschriften bezw. des Achtstundentags verhindert wird und schließlich, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen die Eisenbahner baldmöglichst außer Kraft gesetzt werden.

Zur Vereinfachung der Staatsverwaltung.

TU. **Karlsruhe**, 9. Febr. Die Zeitschrift „Der Beamte" bringt Vorschläge über die Vereinfachung der badischen Staatsverwaltung, die ja auch im badischen Landtag schon mehrfach besprochen, aber durch nennenswerte Schritte noch nicht vorwärts gekommen ist. „Der Beamte" macht nun Vorschläge, die ziemlich einschneidender Natur sind. Dadurch daß Verwaltungszweige (Eisenbahnen und Finanzen) an das Reich übergegangen sind, schlägt die Zeitschrift drei Ministerien vor und zwar ein Wirtschaftsministerium, in dem das bisherige Finanzministerium aufgehen soll, dann ein Ministerium der Justiz und inneren Verwaltung und drittens ein Ministerium des Kultus und Unterricht. Diese Zahl der Ministerien bedinge allerdings eine weitgehende Erhöhung der Zuständigkeit und Selbständigkeit der Bezirksstellen und der einzelnen Beamten.

Bayern und die Pfalz.

Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen.

ORB. **München**, 9. Febr. Die interfraktionellen Beratungen zur Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition wurden am Donnerstag mittag mit einer Besprechung fortgesetzt, die im Landtag nachmittags 3 Uhr stattfand. Auch in dieser Sitzung dürfte das neue Koalitionsprogramm weiter beraten worden sein. Eine definitive Entscheidung liegt noch nicht vor.

Staatshaushaltsausschuß des Landtages.

ORB. **München**, 9. Febr. Die Aussprache über das Wohnungswesen wurde in der Nachmittagssitzung des bayerischen Staatshaushaltsausschusses fortgesetzt. Die Grundsätze des Reichsmietengesetzes seien, wie der Regierungsvertreter weiter mitteilte, in Bayern schon durchgeführt. Das Gesetz über Mieterschutz und Einigungsämter könne dagegen manche Mißverständnisse beseitigen. Weiter wurde mitgeteilt, daß für die Durchführung des Bauprogramms für das Jahr 1922 etwa 276 Millionen Mark zur Verfügung stehen werden, über deren gerechte Verwendung aus der Mietabgabe dem Landtag demnächst eine Vorlage zugehen wird.

Vaterländischer Abend des Pfälzischen Hilfsbundes in Würzburg.

ORB. **Würzburg**, 9. Febr. In der Faschingszeit trat der Pfälzische Hilfsbund Unterfranken, wie schon kurz gemeldet, mit einem großangelegten ernsten Unternehmen an die Oeffentlichkeit. Er veranstaltete gemeinsam mit der Vereinigung der Elsaß-Lothringer und dem Bund der Rheinpfälzer in Würzburg einen vaterländischen Lichtbildervortragsabend, der einen erhebenden Verlauf nahm. Regierungspräsident v. Henle begrüßte als 1. Vorsitzender des Hilfsbundes die Gäste und Mitglieder. Er schilderte die Leiden, die die Besetzung der schönen Pfalz gebracht und täglich aufs Neue beschert. In dieser Prüfung hielten die Pfälzer unentwegt und allen Lockungen zum Trotz an dem deutschen Vaterlande und ihrer bayerischen Heimat fest. Dafür gebühre ihnen unser innigster Dank. Alle Pfälzer sollen es hören, daß wir ihnen beistehen wollen, in dem Kampf um das bedrohte Deutschtum. Dieser Wille ist das Ziel des Pfälzischen Hilfsbundes und diesem Ziele soll auch der Lichtbildervortragsabend dienen. Den Mittelpunkt der Veranstaltung selbst bildeten Vorträge des Regierungsrates Dr. Schmuß über Elsaß-Lothringen und des Oberregierungsrates Bloß über die Pfalz. Der erstere brachte recht eindringlich zum Bewußtsein, welch herrliches Stück Landes Frankreich überlassen werden mußte.

Oberregierungsrat Bloß rühmt die Schönheiten und Vorzüge der Pfalz, die in den vergangenen Jahrhunderten durch Kaiser und Fürsten anerkannt und gefördert wurden. Unter den Schrecken des Bauernkrieges und des 30jährigen Krieges ist die Pfalz der Tummelplatz für alle möglichen Heere gewesen und unter der französischen Vernichtungs- u. Zerstörungswut litt damals das linksrheinische Bayern wie kein anderes deutsches Land. Gerade diese traurige Zeit gibt den besten Beweis dafür, daß die deutschen Machthaber nimmermehr Freunde des Landes und seiner Bewohner sein könnten. Die Vorträge wurden durch Lichtbilder und Gesangsdarbietungen umrahmt.

Letzte Meldungen.

Die Unterseebootsflotten der Großmächte.

Ep. **London**, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Finanzsekretär der Admiralität erklärte gestern im Unterhause, daß die Unterseebootsflotten der Großmächte folgende Stärke haben, in denen die im Bau begriffenen Boote inbegriffen sind: Amerika 94 600 Tonnen, England 80 470 Tonnen, Japan 32 319 Tonnen, Frankreich 30 873 To. und Italien 20 255 Tonnen.

MARCHIVUM

Wirtschaftliche Fragen.

Der Reichsmietgesetzentwurf.

An dem Gesetzentwurf über Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) hat zwar der 13. Reichstagsausschuß Verbesserungen vorgenommen, die ein Entgegenkommen gegenüber den Interessen des Haus- und Grundbesitzes erkennen lassen. Dessen berechtigten Ansprüchen ist aber damit noch nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen. Diesem Mangel wollen mehrere von der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingebrachte Anträge abhelfen. Der 13. Ausschuß hat als „Grundmiete" festgestellt den Betrag, der sich ergibt, wenn von der Friedensmiete (Stichtag 1. 7. 14) die in dieser enthaltenen Beträge für Betriebs-, Instandsetzungskosten sowie Vergütungen für Heizstoffe (Sammelheizung, Warmwasserversorgung) nach bestimmten von der obersten Landesbehörde festzusetzenden Hundertsätzen abgezogen werden. Hier wird folgender Zusatz beantragt: „Diese Grundmiete muß die angemessene Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals sowie eine angemessene Abschreibung enthalten."

Der Regierungs-Entwurf bestimmt, daß das Mieteinigungsamt, wenn eine Friedensmiete nicht vereinbart war oder außergewöhnlich von dem damaligen ortsüblichen Mietzins abweicht, auf Antrag eines Vertragsteils als Friedensmiete den ortsüblichen Mietzins festsetzt. Für die weitere Bestimmung des Regierungs-Entwurfes, wonach eine Erhöhung der Miete nicht damit gerechtfertigt werden kann, daß damals in der Gemeinde das Angebot von Räumen die Nachfrage überstieg, wird Streichung beantragt. Betreffs der Zuschläge zu der Grundmiete sollen die Ausschußbeschlüsse nach Antrag Stresemann wie folgt gefaßt werden: 1. die Steigerung der in der Vorkriegszeit für die Gemeinde allgemein üblichen Verzinsung des damaligen Grundstückwertes und die Kosten für eine Belastungserneuerung; 2. die Betriebskosten; die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten. Die Zuschläge zu 2 und 3 müssen der jeweiligen Höhe der Betriebskosten und der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten Rechnung tragen. Sie sind in Hundertsätzen der Friedensmiete festzusetzen und können nach Gruppen und Klassen von Mieträumen abgestuft werden.

Ist ein gewerblicher Betrieb Inhaber der Mieträume, so kann nach dem Regierungsentwurf das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters einen besonderen Zuschlag zu der gesetzlichen Miete festsetzen, wenn und insoweit infolge der Eigenart des Betriebs besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten entstehen und die Zuschläge zu 2 und 3 zur Deckung dieser Kosten nicht ausreichen. Hier verlangt ein weiterer Antrag Stresemann den Zusatz: „Außerdem sollen die Mieteinigungsämter Erhöhungen der Mieten festsetzen, welche dem jetzigen Betriebsgewinn gegenüber der Billigkeit entsprechen, ohne die Existenz, namentlich kleinerer Betriebe, zu gefährden oder unbillig zu belasten". Endlich wird zu den Bestimmungen über die Festsetzung der Hundertsätze folgende Härtevorschrift beantragt: „In Fällen, in denen das Gesetz bei seiner Anwendung zu Härten führt, insbesondere wenn die Zuschläge in einzelnen Fällen nicht ausreichen, um die Bewirtschaftung des Hauses zu ermöglichen, hat das Mieteinigungsamt die erforderlichen höheren Zuschläge festzusetzen".

Städtische Nachrichten.

Uebernahme der staatlichen Sammlungen im Mannheimer Schloß in städtische Verwaltung.

Der Bürgerausschuß hält seine nächste Sitzung am Freitag, den 17. Februar ab. Auf der Tagesordnung stehen 15 Punkte. U. a. wird vom Stadtrat die Genehmigung des Entwurfs einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium des Kultus und Unterrichts und der Stadtgemeinde Mannheim bezüglich der Uebergabe der im Mannheimer Schloß befindlichen staatlichen Sammlungen als Aufgabe in die Verwaltung der Stadtgemeinde beantragt. Die zahlreichen und wertvollen Sammlungen in Mannheim sind, so wird in der Begründung der Vorlage u. a. ausgeführt, z. Z. der Allgemeinheit nur teilweise zugänglich. Diese Sammlungen ihrer Bedeutung entsprechend aufzustellen und aus ihnen eine Hauptsehenswürdigkeit Mannheims zu machen, ist das Ziel der städtischen Verwaltung. Hierzu ist zweierlei erforderlich: 1. Beschaffung der notwendigen Räume, in denen die Sammlungen museumsmäßig aufgestellt werden können, 2. Vereinigung, zum mindesten der Verwaltung, der sämtlichen zum Teil dem Staat, zum Teil der Stadt, zum Teil Vereinen und Einzelpersonen gehörigen Sammlungen in eine Hand, d. h. Uebertragung der Verwaltung auf die Stadt. Dem ersteren Ziele dienen die Verhandlungen mit dem Staat wegen Freimachung des Erdgeschosses und des ersten Obergeschosses im Ostflügel und im Mittelbau des Schlosses für die Zwecke des Historischen Museums und der Schloßbibliothek; ferner die Vorarbeiten zur Einräumung des ganzen Zeughauses für die natur- und völkerkundlichen Sammlungen. In Verfolg des zweiten Zieles sind bereits mit dem Altertumsverein und dem Verein für eine öffentliche Bibliothek Verträge abgeschlossen worden, laut deren die Verwaltung der dem Altertumsverein gehörigen historischen Sammlungen und der dem Verein für eine öffentliche Bibliothek gehörigen Bücherei auf die Stadt übergeht. Des weiteren ist mit dem Staat verhandelt worden wegen Uebertragung der Verwaltung der im staatlichen Eigentum befindlichen Sammlungen im Schloß auf die Stadt. Es sind dies: 1. die Gemälde-Galerie nebst Kupferstichsammlung, 2 die Antiken-Sammlung (Antiquarium), 3. die Sammlung der Gipsabgüsse, 4. das Naturalien-Kabinett, 5. die im staatlichen Eigentum stehenden Teile der öffentlichen Bibliothek: a) der Rest der früheren kurpfälzischen Bibliothek; b) die Desbillon'sche und Jesuiten-(Gymnasiums-)Bibliothek. Diese Verhandlungen haben zu einem den städtischen Wünschen in weitem Umfang entgegenkommenden Vertragsentwurf geführt. Mit dem Abschluß dieses Vertrages ist die zweite der eingangs erwähnten Aufgaben durchgeführt, d. h. die sämtlichen in Betracht kommenden Sammlungen sind in die Verwaltung der Stadt überführt. Gelingt auch die Erreichung des ersten Zieles, die Bereitstellung ausreichender Räume, wie die städtische Verwaltung hofft, in absehbarer Zeit, so wird sich in Zukunft folgende Gliederung der städtischen Sammlungen ergeben:

1. Historisches Museum einschließlich des Stadtgeschichtlichen Museums und zwar a) die archäologische Abteilung, bestehend aus Antiquarium, griechisch-römischem Altertum, Ausgrabungsfunden, Gipsabgüssen, im Erdgeschoß des Ostflügels des Schlosses, b) der neuere Teil, umfassend die heimatgeschichtlichen, kulturgeschichtlichen und kunstgewerblichen Sammlungen, im ersten Obergeschoß des Ostflügels des Schlosses.

2. Natur- und völkerkundliche Sammlungen im Zeughaus; dazu gehörig, aber als selbständige Abteilung weitergeführt das Naturalienkabinett im Schloß.

3. Die Gemäldegalerien in der Kunsthalle und im Schloß nebst Kupferstich-Sammlung.

4. Die Schloßbibliothek, die durch die ehemaligen Räume des Schloß-Archivs im Erdgeschoß des Galerie- und Bibliothekbaues des Schlosses vergrößert werden soll.

* Die Kälte hat ein wenig nachgelassen. In der verflossenen Nacht sank am Rhein die Temperatur bis auf 12° C. Heute morgen wurden 11,8° C. festgestellt. Die Wirkung der Sonnenstrahlen macht deutlich darauf aufmerksam, daß wir uns der Mitte des Monats Februar nähern. Der Schnee ist an den Stellen, wo die Sonne hinkommen kann, so mürbe geworden, daß er leicht zu entfernen ist. Wir hoffen deshalb, daß die Säuberung der Gehwege, die gestern vor zahlreichen Häusern vorgenommen wurde, weiter fortschreitet. Nur muß man dabei vorsichtig zu Werke gehen. Wenn man, wie wir beobachten konnten, auf die festgefrorenen Schneebrocken mit der Axt losschlägt, dann muß der Asphaltbelag leiden. Uebereinstimmend wird gemeldet, daß in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag die tiefste Temperatur in diesem Winter gemessen wurde, so auf dem Königstuhl mit 19° C. In Villingen wurde am Dienstag der tiefste Stand mit 21° C. erreicht. Der Rhein geht stark mit Treibeis.

Zur Gründung einer Vereinigung Mannheimer Chormeister findet laut Anzeige in der heutigen Ausgabe am Sonntag in der Hochschule für Musik eine Versammlung statt.

Spielplan des National-Theaters					Neues Theater	
Febr.	[illegible]	[illegible]	Vorstellung	[illegible]	Vorstellung	[illegible]
10. F.	31	A	Der Wettlauf m. d. Schatten	7½		
11. S.		A.M	Die Walküre	7	Zum ersten Male: Börsenfieber	7
12. S.		A.M.	Otello	7	Börsenfieber	7½
13. M.	30	C	Des Esels Schatten	7		

Aus dem Lande.

ch. **Unterschwarzach**, 10. Febr. In der Nacht zum Donnerstag sind von der Erziehungsanstalt Schwarzacher Hof vier Zöglinge entwichen.

):(**Karlsruhe**, 10. Febr. Die hiesige Metzgerinnung gibt bekannt, daß der Preis für ein Pfund Rindfleisch von 17 auf 20 Mark erhöht worden ist und daß eine weitere Preiserhöhung bevorsteht.

(:) **Durmersheim** bei Rastatt, 10. Febr. Bei der Brennholzversteigerung der Gemeinde wurden unglaubliche Preise geboten und zwar für ein halbes Klafter (2 Meter) 500—990 Mark!

* **Ringsheim** bei Lahr, 10. Febr. Einer der beiden Räuber, die, wie berichtet, das Ehepaar Bosch überfielen, der 32jährige Konrad Witt von Bonn, ist in Frankfurt verhaftet worden.

):(**Meßkirch**, 10. Febr. Der Landwirt Paul Steidle in Kreenheinstetten kam unter sein stürzendes Pferd zu liegen und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er starb.

* **Lörrach**, 9. Febr. In der Gegend zwischen Staufen und Lörrach macht sich der Hasenfraß an jungen Obstbäumen außerordentlich stark bemerkbar. Man wird dies hauptsächlich auf die Schneedecke zurückführen dürfen, die den Hasen die Suche nach anderem Futter erschwert. Mancher Obstbaumbesitzer erleidet beträchtlichen Schaden, sofern er nicht rechtzeitig die jungen Bäumchen durch eine Drahtumhüllung oder andere Hilfsmittel gegen die Nager schützte.

* **Konstanz**, 10. Febr. Der Untersee zwischen Reichenau, Allensbach und Radolfzell ist in seiner ganzen Ausdehnung zugefroren. Das Eis ist am Ufer schon tragfähig. Vom Schweizer Ufer wird gemeldet, daß der Untersee völlig zugefroren sei.

Aus der Pfalz.

Die Wahlen zu den pfälzischen Handwerkskammern.

§ **Kaiserslautern**, 9. Februar. Die pfälzischen Handwerkskammerwahlen werden in einigen Wochen vonstatten gehen. Entsprechend den Wünschen des pfälzischen Handwerkes erfolgt hiebei eine Vermehrung der Sitze und eine Zusammensetzung der Kammer nach fachlicher Gliederung. Die Innungen haben Anspruch auf 24, die Gewerbevereine auf 6 Sitze. Die verschiedenen organisierten Handwerke erhalten so viel Sitze, als es ihrer Stärke und wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Für kleinere Handwerksorganisationen können mit Hilfe von sechs Zuwahlen, die die neue Kammer vorzunehmen hat, Vertretungen geschaffen werden. Die Kandidatenlisten werden von den Innungen und Fachverbänden gemeinsam aufgestellt, der Gesamtwahlvorschlag entsteht nach Beratung aller Obermeister und Fachverbände unter Leitung der Handwerkskammer. Zum Wahlkommissar wurde Oberregierungsrat Dr. Boeverlein in Speyer bestimmt. Wie die Handwerkerschaft erstrebt auch der Handel der Pfalz eine Neuwahl der seit etwa einem Jahrzehnt nicht mehr erneuerten pfälzischen Handelsgremien.

*

* **Ludwigshafen**, 9. Febr. Der Verband deutscher Kartoffelinteressenten E. V. hat auf Veranlassung seines Vorstandsmitgliedes Herrn Jul. Mayer dem Hilfswerk Oppau 10 000 M. überwiesen. Die Firma Jakob Mayer-Frankenthal hat dieser Spende von sich aus weitere 5000 M. zugefügt. Außerdem sind beim Bürgermeisteramt noch folgende Gelder eingezahlt worden: Uebertrag: 9 940 383.60 M., Geestemünder Bank 215 M., Hindenburgloge Nr. 12 O. d. H. S. Cleveland durch Herrn August Leibrock von Hochdorf 4200 M., Bankhaus Sassen u. Co. Bonn 304.40 M., Reichsverband Deutscher Milchhändlerverein Hamburg 11 100 Mark, in Summa 9 956 153 Mark.

K. **Frankenthal**, 10. Febr. Als in der Autogarage der Großhandlung Jakob Mayer I der Personenkraftwagen für die Fahrt hergerichtet werden sollte, explodierte der Benzinbehälter. Das Auto und die Garage gerieten in Brand und brannten nieder, trotzdem die Feuerwehren schnell zur Stelle waren. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu ernstlichem Schaden gekommen.

Gerichtszeitung.

Mannheimer Strafkammer.

Zu der unbefugten Arbeitsvermittlung durch einen früheren kaufmännischen Angestellten der Zellstoffabrik, welche in einer Verhandlung vor der Strafkammer wegen Verleitung zum Meineid berührt wurde, erklärt uns der Betriebsrat in einer Berichtigung zu dem Bericht in Nr. 66 unseres Blattes, daß er mit dem Angeklagten S. nicht in Verbindung gestanden habe. Dieser habe seine Vermittlertätigkeit auf eigene Faust betrieben, das Geld selbst eingesteckt und versucht, die Leute bei Unternehmern unterzubringen, die für die Zellstoff-Fabrik arbeiten. Ebenso wird die Behauptung als unrichtig zurückgewiesen, daß es ein Betriebsratsmitglied gewesen sei, das Selbstmord begangen habe. Der betreffende Arbeiter habe dem Betriebsrat nicht angehört, sondern sei von dem Angeklagten nur vorgeschoben worden, um sich zu entlasten. — Die Mitglieder des Betriebsrats werden gegen S. wegen Beleidigung gerichtlich vorgehen.

*

Ill. **Freiburg**, 8. Februar. Wegen unerlaubten Aufkaufs und Weiterverkaufs von Goldmünzen war Pfarrer Paul Scherer von Woldau bei Neustadt vom Schöffengericht zu vier Wochen und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte sollte nach der Anklage einen Schneider überredet haben, ihm 690 ℳ in Gold gegen ein Aufgeld von 12 ℳ zu jedem Zwanzig-Markstück zu überlassen. Gegen das schöffengerichtliche Urteil legte sowohl der Geistliche, als auch der Staatsanwalt Berufung ein. Die Freiburger Strafkammer sprach den Pfarrer frei, weil die ganze Angelegenheit nicht genügend aufgeklärt werden konnte.

Neustadt a. H., 8. Februar. Der erst 22 Jahre alte Taglöhner Otto Stromberger aus Neustadt, welcher hier einen Einbruchsdiebstahl verübte und sodann bei seiner Verfolgung durch die Polizei auf den Kriminalkommissar Günther schoß, wurde vom Schöffengericht Neustadt zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Berufung zur Strafkammer Frankenthal zog er bei Beginn der Verhandlung wieder zurück.

* **München**, 9. Febr. Das Volksgericht Landshut verurteilte den Taglöhner Florian Huber aus Tölz wegen zweifachen Raubmordes zweimal zum Tode und wegen Brandstiftung zu 10 Jahren Zuchthaus. Huber hat am 10. März v. J. in Straßhäusl bei Mainburg (Ndb.) die Bauerseheleute Grünwiedl ermordet und das Anwesen in Brand gesteckt. Huber, der in Laufen eine Strafe verbüßt, erzählte dort eines Tages, daß er in ein Anwesen durch ein Fenster hineingeschossen habe, ohne weitere Angaben zu machen.

Die reine Liebe schreitet mit nackten Füßen über Schlangen.

*

Denken.

Eine Skizze von Ignaz Bauer.

Wenn der Mensch nicht gerade beim Kriegführen ist oder sonst ein blutiges Gemetzel veranstaltet oder einer Hinrichtung beiwohnt, so legt er seine Feiertagskleider an und tut sich ungemein viel zugute auf seine sogen. Kultur, die ihn auf alle Tiere mit protzigem Selbstbewußtsein herunterblicken läßt. Dabei nennt er alle, die sich von ihm nicht schinden lassen wollen, Ungeziefer oder Raubtiere, geradeso wie er alle Pflanzen, die er nicht zu irgend was brauchen kann, Unkraut nennt. Die Fähigkeit, zu denken, die dem Menschen schon in den ersten Lebensjahren die Ausführung der dümmsten Streiche ermöglicht, unterscheidet ihn sehr zu seinem Nachteil von anderem lieben Vieh. Ob die Tiere auch denken, wissen wir Gelehrte nicht; hoffentlich aber ist es nicht der Fall, denn für die Menschen wären ihre Gedanken gewiß nicht sehr schmeichelhaft. Höchstens würde unser Tun in der Gedankenwelt der Raubtiere eine verständnisvolle Beurteilung finden.

Später zwingt den jungen Menschen bedauerlicherweise die Schule, sich auch mit anderen Dingen zu beschäftigen, wobei ein großer Teil seines Denkens, der für allerlei Allotria viel besser und angenehmer zu verwenden wäre, mühselig und gar oft vergebens aufgewendet werden muß, die ihn absolut nicht interessierenden Geheimnisse des Lesens, Schreibens und Rechnens wenigstens teilweise zu lüften. Die Resultate seines Denkens in dieser Lebensperiode sind für die übrigen Zeitgenossen von wenig erfreulicher Art. Sie bestehen zumeist in zerbrochenen Fensterscheiben, zerrissenen Hosen, Beulen aller Art und sonstigen Unannehmlichkeiten, wie sie auf den Schattenseiten des Daseins zu gedeihen pflegen. Später wird das Denken des werdenden Jünglings schon etwas freier und bewegt sich hauptsächlich heimatferne unter Indianern, Seeräubern, Geistererscheinungen und ähnlichen Zierden der Menschheit, denen er ehrgeizgetrieben nachzueifern sucht und dadurch eine gemeingefährliche Wirkung zu erzielen sich in anerkennenswerter Weise bemüht. Das Denken der Mädchen wird durch unterhaltliche kleine Handarbeiten, die sie zu verrichten bekommen, langweilig oder sicher auf Modeangelegenheiten gelenkt, die in späteren Lebensjahren ihr ganzes Geistesleben fast ausschließlich beherrschen.

Damit kommt die Zeit, in der sich die unglückseligen Angehörigen der beiden Geschlechter mit unwiderstehlicher Gewalt zu einander hingezogen fühlen, was man „Liebe" nennt und was zur Erzeugung von lyrischen Gedichten und Marlitt-Romanen verwendet wird. Er denkt dabei nur an sie und sie nur an ihn. Daß dabei nichts gescheites herauskommen kann, ist klar. Später freilich, da denkt dann wieder jedes mehr an sich und bedauert und beklagt sich als ein Opfer, dann aber ist's zu spät, und das nennt man die Ehe.

Ueberhaupt das „Zu spät!" — es spielt eine ebenso große als traurige Rolle im Gedankenleben. In den meisten Fällen beginnt man eben erst denken zu lernen, wenn es schon zu spät ist. Da überlegt jeder, wie er es wohl anders machen könnte, wenn er noch einmal auf die Welt käme, vergißt aber dabei, daß diese Welt in einem solchen Falle auch eine ganz andere wäre, deren Treiben er vielleicht noch viel unbeholfener gegenüberstehen würde, als er dies bis nun getan. Mit den Redensarten über das Denken wird sehr viel Unfug getrieben. „Ich denke", sagt zum Beispiel einer von dem man sicher sein kann, daß er gewiß nicht denkt. „Ich werde daran denken", antwortet der Gönner, dem man eine Bitte vorgetragen hat, während es ihm sicher nicht im Traume einfallen wird, jemals wieder an die Sache zu denken, und „Was denken Sie?" wird einer gefragt, dem man seine absolute Gedankenlosigkeit an den Augen absehen kann. „Gedanken sind zollfrei", ist ein altes Wort, das gewiß richtig ist, weil ja auch ein solcher Zoll wegen Wertlosigkeit der Ware, so gut wie nichts einbringen würde. Schopenhauer sagt: „Ein jedes Menschenangesicht ist ein Gedanke der Natur." Ist es so, dann sehen wir daraus, daß sich auch die weise Natur mehr mit nichtigen Gedanken abgibt. Es gibt Tausende von Menschen, besonders unter den Deutschen, die ihre Gedanken für wichtig genug halten, um sie aufzuschreiben und in Büchern, Zeitschriften und Theaterstücken niederzulegen. Dadurch entsteht die sogenannte Literatur, die praktisch veranlagte Verleger und Theaterdirektoren sehr zu ihrem Vorteile auszunützen verstehen.

Die Ergebnisse des Denkens bilden häufig Erfindungen, die entweder der Allgemeinheit oder dem einzelnen nützlich sind. Zu den ersten gehören vor allem die Eisenbahnen, das Telephon und der Telegraph, die vom Staat hauptsächlich zu Tariferhöhungen verwendet werden, wozu sich auch die Post vorzüglich eignet. Das Telephon ist der moderne Ersatz für das bei unseren Großeltern so beliebt gewesene Geduldspiel. Erfindungen zum Nutzen einzelner fördern am häufigsten Angeklagte ihren Richtern gegenüber zutage. Doch ist der Staatsanwalt in solchen Fällen meist gegenteiliger Ansicht als der Erfinder, wodurch Meinungsverschiedenheiten entstehen, die damit enden, daß der eine Teil für einige Zeit in Sicherheit gebracht wird, um weiteren unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Die Herren Staatsanwälte sind eben schwer zu überzeugen. — Am üppigsten gedeihen die Erfindungen in der Zeit der Wahlen.

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß das Denken eigentlich eine keineswegs erfreuliche Bevorzugung des Menschengeschlechts ist, und es bleibt eine offene Frage, ob es nicht besser wäre, wenn die Menschen die Gabe gar nicht besitzen würden. Die Herrschenden aller Zeiten und Völker waren wenigstens immer dieser Ansicht und waren stets bestrebt, ihren Untertanen diese mühevolle geistige Anstrengung, hauptsächlich in politischer Hinsicht, abzunehmen. Dieser Umstand hat es auch bis auf unsere Tage so manchem Abenteurer leicht gemacht, sich zum Herrscher emporzuschwingen, was sicher nicht geschehen würde, wenn die Völker das Denken nicht verlernt hätten.

Kunst und Wissen.

Nationaltheater. Von einigen wenigen noch immer nicht behobenen, z. T. fast in jeder Vorstellung wiederkehrenden Grundübeln abgesehen (z. B. Vollendung des Umbaus bei schon wieder offener Szene), verlief der gestrige erste Abend des „Rings" in wohltuend künstlerisch klaren Bahnen. Reinsten Genuß verdankte man dem Orchester, diesmal von Herrn Lederer geführt. Die Besetzung wies gegen das letzte Mal keine wesentlichen Aenderungen auf, und auch die waren wohl in der Hauptsache durch Krankheit nötig geworden. Frau Jane Freund-Nauen auf diese Weise wieder einmal (als Erda) auf unserer Bühne zu begegnen, war eine ebenso große Freude, wie ihre schöne Stimme im gesanglichen Zusammenklang des gestrigen Abends einen wichtigen Faktor bildete.

Professor Dr. Eduard Anthes, ein geschätzter und bekannter Historiker, ist in Darmstadt gestorben. Vor dem Weltkriege war der Verstorbene am dortigen neuen Gymnasium tätig und übernahm dann bis zu seinem Tode die Stelle eines Denkmalpflegers. Auch durch seine Tätigkeit an der Technischen Hochschule als Privatdozent für Archäologie erfreute sich Prof. Anthes allgemeiner Beliebtheit. Er war der Verfasser des Odenwaldführers.

Pflanzenleben im Stein. Wohl jeder hat schon einmal Steinabdrücke von Pflanzen, sogenannte Versteinerungen in der Hand gehabt. Auch der Bernstein umschließt bisweilen Pflanzenreste, die einer urweltlichen, längst verschwundenen Pflanzenwelt entstammen. Nach dem „Universum" hat man jetzt aber auch lebende Gewächse vom Stein umhüllt gefunden, die ohne jede Verbindung mit der Außenfläche ihr bescheidenes Dasein fristen. Es sind dies Algen, denen Licht und Luft genügen, die das poröse Gestein der Süddolomiten hindurchlassen. Die Algen befinden sich 4—8 Millimeter unter der Oberfläche und nähern sich derselben nur, wenn etwa Flechten oder Algen von außen ihnen das bischen Licht und Luft noch verkümmern. Die Bedeutung dieses Pflanzenlebens im Gestein ist natürlich wegen des damit verbundenen schnellen Verwitterungsprozesses der ohnehin porösen Steinart eine sehr große.

MARCHIVUM

der Ueberfall in Straßhäusl mit einem Schuß durch das Fenster eingeleitet worden ist, wurde Huber von Laufen zunächst nach München geschafft und von da dem Gericht in Landshut eingeliefert. Bei seiner Vernehmung in der Polizeidirektion München gestand Huber das schwere Verbrechen ohne weiteres zu; er behauptete, einen Mitschuldigen zu haben. Es wurde aber festgestellt, daß er die Tat allein ausgeführt hat.

* **Bingen**, 9. Febr. Die im November vorigen Jahres von einem afrikanischen Soldaten des hier garnisonierenden Bataillons eine marokkanischen Schützenregiments an dem Arbeiter Kröhly aus Bingen verübte Bluttat fand am französischen Kriegsgericht des 30. Armeekorps in Mainz seine Sühne. Abends spät gerieten in einer Wirtschaft betrunkene holländische Schiffer, die von ihren im Hafen liegenden Schiffen an Land gekommen waren, mit mehreren in demselben Lokale eingekehrten marokkanischen Soldaten aus unbekannter Ursache in Streit. Im Verlaufe desselben wurde einer der Soldaten mittels gefährlicher Werkzeuge von den Schiffern schwer verletzt und flüchtete auf die Straße. Dort zog er in der Wut über die Mißhandlungen und in Erwartung eines weiteren Angriffs seitens der ihn verfolgenden Schiffer sein Seitengewehr und lief fort. Als ihm in der Dunkelheit mehrere am Streit unbeteiligt gewesene deutsche Zivilisten, darunter der Arbeiter Kröhly, begegneten, stach er blindlings auf letzteren mit dem Seitengewehr ein und verletzte ihn so schwer, daß der Tod sofort eintrat. Der Täter wurde nach heftiger Gegenwehr von der deutschen Polizei festgenommen, mußte aber noch in der Nacht infolge der beim Streit mit den Holländern erlittenen Verwundungen in das Krankenhaus verbracht werden, wo er mehrere Wochen lang lag und zeitweise in Lebensgefahr schwebte. Die holländischen Schiffer, welche die Urheber der Bluttat waren, flüchteten und konnten von der deutschen Polizei bisher nicht ermittelt werden. Das Kriegsgericht erkannte den angeklagten Marokkaner der schweren Körperverletzung mit tödlichem Erfolge schuldig, billigte ihm aber mit Rücksicht auf die durch die eigenen schweren Verwundungen entstandene maßlose Wut mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Sportliche Rundschau.

Zur Tagung der Süddeutschen Schwimmer in Mannheim.

Der Kreis V (Süddeutschland), der größte Kreis des Deutschen Schwimmverbandes, hält am Samstag, den 11. und Sonntag, den 12. Februar in Mannheim seine Tagung ab. Die Anträge enthalten eine Anzahl neuer Richtlinien von grundlegender Bedeutung für die Vereine des Deutschen Schwimmverbandes. Insgesamt sind 42 Anträge von allen Gauen des Kreises eingelaufen. Mit der Frage der Jugendpflege innerhalb der Vereine des Kreises beschäftigen sich zwei Anträge von Gau 1 (Frankfurt). In einem wird verlangt, daß der Kreistag die Person eines Jugendpflegers bestimmen soll, der dem Kreisvorstand anzugehören hätte. In gleicher Weise werden Jugendpfleger in den einzelnen Gauen gewünscht. In dem zweiten Antrage wird zum Ausdruck gebracht, daß neben der körperlichen insbesondere auch die geistige Pflege der Jugend mehr als bisher zu organisieren sei und aus diesem Grunde stellt Gau 8 den Antrag:

„Der Vorstand möge alle eingehenden Jugendbeiträge nur für den obigen Zweck insbesondere auch für die Herausgabe einer Jugendwassen-Beilage der Verbandszeitung herausgeben. Nur durch ein solches Organ ist es möglich, eine geistige Verbindung unserer besten Verbandsjugendführer herzustellen, um auf diese Weise den obigen Zweck zu erreichen."

Die meisten der eingelaufenen Anträge sind im Falle der Annahme durch den Kreistag zur Weitergabe an den Verbandstag bestimmt. So wird u. a. auch die Streitfrage zwischen der Deutschen Turnerschaft und den Sportverbänden vom Gau 8 aufgegriffen und zu folgendem Antrag formuliert:

„Der Verbandsvorstand wird gebeten, schon den Kreistagen die Richtlinien zu unterbreiten, die die Grundlagen für die Verhandlungen mit der Turnerschaft bieten sollen, die sich auf die Abgrenzung der Leibesübungen gegeneinander beziehen und die imstande sind, die Forderungen, die der Schwimmverband im Interesse seines Bestehens und seiner Weiterentwicklung stellen muß gegenüber den Vorschlägen der Turnerschaft aufrecht zu erhalten."

Die Frage der Schwimmlehrerprüfung wird erfreulicher Weise auch zum Gegenstand eines Antrages gemacht. Gerade bezüglich der Prüfung der Schwimmlehrer besteht jetzt absolut keine Norm, welche Kenntnis und welche Fähigkeiten ein Schwimmlehrer haben muß. Da gerade in diesem Beruf ein hohes Verantwortungsgefühl für die Sicherheit des Badenden vorhanden sein muß, ist der Antrag vom Gau 8 sehr zu begrüßen, der verlangt, daß in größeren Städten vom Deutschen Schwimmverband oder von der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft Prüfungskommissionen zu bestimmen sind, welchen die Genehmigung zu erteilen ist, Schwimmlehrerprüfungen abzuhalten und Schwimmlehrer zu ernennen. Diese Kommissionen können vielleicht zusammengestellt werden aus einem Arzt, einem Schul- und einem Schwimmfachmann. Letzterer muß Inhaber des Lehrscheines der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft sein.

Das Rettungsschwimmen in immer weitere Kreise zu tragen ist eine Hauptaufgabe des D.S.V. Ein Antrag von Gau VI (Nordbayern), der verlangt, daß ab 1. Januar 1923 jeder und jede 16 Jahre alte Startende im Besitz des Grundscheines der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft sein muß, dürfte wohl sicher Annahme finden. Schließlich beantragt der Kreisvorstand selbst, daß die Bewilligung von 20 000 Mark Hypothekengeldern, die der Vorstand alljährlich zur Unterstützung der Errichtung von Sonnenbädern in seinen Voranschlag eingestellt hat, dieses Jahr dem Schwimmverein in Bayreuth von 1921 gegeben wird. Die weiteren Anträge befassen sich in der Hauptsache mit Verwaltungsfragen und Fragen schwimmtechnischer Natur, so u. a. Ausbau des Verbandsfestes, Abänderung der Wasserballregeln, Einschränkung der Meisterschaften usw. Bgd.

Fußball.

* **Zu dem abgebrochenen Spiel V. f. L. — Sandhofen** wird uns unter Bezugnahme auf den in Nr. 61 veröffentlichten Bericht von dem Schiedsrichter, Herrn Chr. Schumacher, u. a. geschrieben: Es ist gewiß von Interesse, festzustellen, aus welchen Gründen ich mich genötigt sah, das Spiel vorzeitig abzubrechen. Nach dem Zusammenprall der beiden Spieler Schenkel und Brese, an welchem übrigens keinem Spieler eine Schuld beigemessen werden kann, pfiff ich ab, da Schenkel am Boden lag. In demselben Moment, als der Spieler Brese den verletzten Spieler von Sandhofen aufheben wollte, drang plötzlich ein Anhänger der Spielvereinigung Sandhofen ins Spielfeld, der auf Brese zueilte und diesem einen Schlag ins Gesicht versetzte. Ich war selbstverständlich nach diesem Vorfall nicht in der Lage, das Spiel zu Ende zu leiten. Lediglich die Tätlichkeiten, zu denen sich der Sandhöfer hatte hinreißen lassen, war für mich ausschlaggebend, das Spiel vorzeitig zu beenden. Es wurde wohl scharf gespielt, aber wenn man die Wichtigkeit des Spieles und die Bodenverhältnisse (Schnee) in Betracht zieht, so muß man sagen, daß es in den Grenzen des Erlaubten blieb.

Wintersport.

TU. Die „Ski-Meisterschaft vom Schwarzwald 1922" errang sich bei den Feldberg-Schneeschuhwettläufen der Norweger Jäger vom Skiklub Schliersee und gewann damit auch die vom Verlag der Badischen Presse gestiftete bronzene Statue, ausgeführt von dem Karlsruher Bildhauer Taucher. Zweiter wurde im kombinierten Lauf (Lang- und Sprunglauf) Franz Großmann aus Bühlertal und dritter Roetscher aus Bühl.

Neues aus aller Welt.

— **26 Jahre unschuldig im Zuchthaus.** Im Krankenhaus zu Trostberg (Bayern) starb der Schäfer Josef Schmal, der 26 Jahre unschuldig im Zuchthaus gesessen hat. Der wirkliche Täter hat erst auf dem Totenbett seine Tat eingestanden.

— **Ein eigenartiger Unglücksfall** hat sich auf dem zweiten Stock eines Hauses in Kalk bei Köln ereignet. Dort wohnt ein Ehepaar, das einen Hund besitzt, der an der Räude litt. In einer Wirtschaft erzählte der Ehemann von der Krankheit des Tieres und ein in der Nähe sitzender Mann übergab ein Mittel, das die Krankheit sofort beseitigen sollte. Es war eine Flüssigkeit, die sich in einer Flasche befand und die in einen Waschkübel mit warmem Wasser gegossen werden sollte, worin das Tier zu baden sei. Der Hundebesitzer eilte nach Hause, um das Heilverfahren anzuwenden. Seine Frau machte das Wasser zurecht und die Flüssigkeit wurde hineingegossen. Kurz darauf erfolgte eine heftige Entladung. Die Frau erlitt schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden; der Hund flüchtete brennend aus dem Zimmer, die Möbel wurden zertrümmert, Wände eingedrückt und ein Teil des Daches abgehoben und fortgeschleudert.

— **9 Kinder durch Sprengkörper getötet.** Zwischen der Stadt Friedland und der Baustelle der Ostpreußischen Kraftwerk-A.-G. fanden Kinder Sprengkörper, an denen sie sich zu schaffen machten, sodaß eine Explosion erfolgte. 7 Kinder wurden durch die herumfliegenden Sprengstücke getötet. 2 wurden noch lebend ins Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen ebenfalls den Verletzungen erlagen.

Handel und Industrie.

Abschluß im Siemens-Konzern.

In der Aufsichtsratssitzung Siemens-Halske A.-G. wurde der Abschluß für das am 30. September zu Ende gegangene Geschäftsjahr vorgelegt. Der Rohgewinn beläuft sich auf 55,5 Mill. ℳ gegen 26,84 Mill. ℳ im Vorjahre. Nach Abzug der Handlungsunkosten und Zuweisung von 6 Mill. ℳ an die Fürsorgestiftung ergibt sich ein Reingewinn von 37 (23) Mill. ℳ. Hieraus wird eine Dividende von 20% (14%) = 26 Mill. ℳ verteilt. Die Vorzugsaktien bleiben satzungsgemäß dividendenfrei, 2,6 Mill. ℳ (0) werden der gesetzlichen Reserve und 5 Mill. ℳ einer Sonderrücklage überwiesen, die sich damit auf 28 Mill. ℳ erhöht. Auf neue Rechnung werden 1,06 (1,09) Mill. ℳ vorgetragen. — Die Bilanz der Siemens-Schuckert G. m. b. H. ergibt einen Bruttogewinn von 62,66 Mill. ℳ. Nach Abzug der Handlungsunkosten und Zuweisung von 22 Mill. ℳ an den Fürsorgefonds verbleibt ein Reingewinn von 22,5 (12,7) Mill. ℳ, aus dem eine Dividende von 16% (10%) = 14 Mill. ℳ verteilt wird. 5 Mill. ℳ werden einer Sonderrücklage zugewiesen und 2,1 (0,76) Mill. ℳ auf neue Rechnung vorgetragen. Ebenso wie Siemens-Halske haben auch Siemens-Schuckert-Werke eine Rückstellung für die in Ausführung begriffenen Ersatzanlagen gemacht, und zwar in Höhe von 94 Mill. ℳ.

Sarotti Schokoladen- und Kakao-Industrie A.-G. in Berlin-Tempelhof.

Ueber die Höhe des Brandschadens liegen zurzeit, wie es scheint, abschließende Ziffern noch nicht vor, auf jeden Fall bedeutet aber die Vernichtung der Sarotti-fabrik der Schadensumme nach eine der größten Katastrophen in der deutschen Industrie, die wahrscheinlich nur von den Schäden in Oppau übertroffen wird. Wie die „Köln. Ztg." hört, besteht die Versicherung der Sarotti-A.-G. in Gesamthöhe von 90 780 190 ℳ, wovon 20 Mill. ℳ auf Gebäude und 70 780 190 ℳ auf den Inhalt entfallen. Zum Vergleich sei bemerkt, daß der Brandschaden bei der Reichard-Kakao-Compagnie in Wandsbek insgesamt 32 Mill. ℳ betrug. Von dem Gebäudewert bei Sarotti ist vielleicht ein Teil als gerettet zu betrachten, während der Inhalt wohl größtenteils als verloren gelten kann. Ueber die Beteiligung der einzelnen Feuerversicherungsgesellschaften bei der Versicherung von Sarotti liegen folgende Ziffern vor: 1. Nordstern 10 235 308 Mark, 2. Frankfurter 3 000 000 Mark, 3. Frankfurter 3 000 000 ℳ, 4. Mannheimer 5 000 000 ℳ, 5. Stuttgart-Berliner 5 085 146 ℳ, 6. Thuringia 4 585 146 ℳ, 7. Magdeburger 4 000 000 ℳ, 8. Schlesische 4 000 000 ℳ, 9. Bayrische 4 801 866 ℳ, 10. Leipziger 3 500 000 ℳ, 11. Aachener und Münchener 3 000 000 ℳ, 12. Hansa 3 000 000 ℳ, 13. Berlinische 3 303 409 ℳ, 14. National 4 235 308 ℳ, 15. Allianz 2 500 000 ℳ, 16. Orion 2 060 180 ℳ, 17. Iduna 2 000 000 ℳ, 18. Intag-Phöbus 2 000 000 ℳ, 19. Cöln-Hamburger 2 000 000 ℳ, 20. Albingia 2 000 000 ℳ, 21. Vaterländische und Rhenania 2 498 458 ℳ, 22. Union 1 998 458 ℳ, 23. Gladbacher 1 890 098 ℳ, 24. Rhein.-Schlesische 1 500 000 ℳ, 25. Berliner Allgemeine 1 500 000 ℳ, 26. Mundus 1 500 000 ℳ, 27. Colonia 1 060 180 ℳ, 28. Norddeutsche 1 000 000 ℳ, 29. Hamburg-Bremer 1 000 000 ℳ, 30. Aachen-Leipziger 1 000 000 ℳ, 31. Rhein u. Mosel 931 899 ℳ, 32. Basler 1 018 588, 33. Victoria 585 146 ℳ.

Eine neue Textil-A.-G. Die Spinnerei Richard Brandis in München-Gladbach wurde in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Textilvertrieb A.-G. mit dem Sitz in München-Gladbach mit einem Aktienkapital von 20 Mill. ℳ umgewandelt.

Nordd. Lloyd, Bremen. Die a.-o. G.-V. des Norddeutschen Lloyd genehmigte endgültig die Erhöhung des Aktienkapitals auf 600 Mill. ℳ durch Ausgabe von 125 000 auf den Inhaber lautenden 6%igen Vorzugsaktien über je 1000 ℳ. Auf Anfrage aus Aktionärkreisen wurde über die Aussichten des Geschäfts mitgeteilt, daß diese im allgemeinen günstig seien; ferner wurde ausgedrückt, daß die Verwaltung ihrerseits alles tue, um die für längere Zeit festgelegten angenehmen Beziehungen zu den United States Lines zu pflegen. Die Lloydflotte besteht zurzeit aus 13 Ueberseedampfern mit 72 000 Bruttoregistertons. Das neue Bauprogramm umfaßt insgesamt 232 000 Bruttoregistertons, und zwar 17 Passagier- und Frachtdampfer und 2 Hochseeklepper.

Verkehrssperren. Nach Wiederaufnahme des Betriebs werden Eil- und Frachtgüter aller Art wieder angenommen, vorerst aber nur nach Stationen in Baden, Württemberg und Bayern sowie nach dem besetzten Gebiet, ferner nach dem an diese Eisenbahndirektionsbezirke angrenzenden Ausland.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 9. Febr. Sehr fest lagen heute Zellstofffabrik Waldhof-Aktien, die zu 795% gehandelt wurden. Sonst war noch Geschäft in Benz zu 600%, Dampfkesselfabrik Rodberg zu 740%, Rhein. Elektrizitätswerke zu 680%, Unionwerke zu 505%, Zucker Waghäusel zu 810% und in Zucker Frankenthal-Aktien zu 795%. Ebenso gingen Bad. Assekuranz-Aktien zu 2400 ℳ pro Stück um. Frankona stellten sich 1550 G., 1600 B.

Devisenmarkt

Mannheim, 10. Febr. (9.35 vorm.) Am hiesigen Platze wurden im heutigen Frühverkehr folgende Kurse genannt: Holland 7300, Kabel Newyork 198—200, Schweiz 3850, London 862, Paris 1700. Die Mark kam etwas schwächer aus Newyork.

*

Newyork, 9. Febr. Nachbörslich notierte die Mark mit 0,51 cents = 196.03 ℳ gegen 0,50% cents = 197.50 ℳ von gestern.

Zürich.	8.	9.	(in Franken)		
Berlin	2.87	2.86	Italien	24.63	25.50
Wien	0.17	0.17	Brüssel	41.90	41.90
Prag	9.70	9.83	Kopenhagen	106.—	105.50
Holland	191.—	192.75	Stockholm	131.—	134.25
New York	5.12	5.14	Christiania	83.50	83.10
London	22.23	22.48	Madrid	79.50	80.75
Paris	43.45	44.35	Buenos Aires	182.50	185.—

Amsterdam.	8.	9.	(in Gulden)		
Wechsel a. London	11.65	11.70	Wechsel a. Stockholm	69.65	69.90
" " Berlin	1.34	1.36	" " Christiania	44.—	44.40
" " Paris	22.75	23.17	" " New York	2.63	2.67
" " Schweiz	52.35	52.15	" " Brüssel	21.70	22.12
" " Wien	0.08	0.08	" " Madrid	41.77	42.40
" " Kopenhagen	54.85	55.15	" " Italien	12.80	13.27

New York, 9 Februar (WB) Devisen.

	8.	9.		8.	9.		8.	9.
Frankreich	8.60	8.61	Schweiz	19.52	19.45	Spanien	15.63	15.75
Belgien	8.2b	8.23	England	4.36	4.36	Italien	4.93	4.90
						Deutschland	0,50	0,51

Neueste Drahtberichte.

× **Augsburg**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Augsburger Lokalbahn-Gesellschaft erzielte einen Reingewinn von 488 542 ℳ (679 802 ℳ), aus dem eine Dividende von 10% ausgeschüttet wird.

× **Dresden**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Sächsische Bodenkreditanstalt Dresden schlägt wiederum 7½% Dividende vor wie im Vorjahr vor. Gleichzeitig wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 auf 15 Mill. ℳ vorgeschlagen.

× **Leipzig**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) Die gestrige a.-o. G.-V. der Leipziger Buchbinderei A.-G. vorm. Gust. Fritzsche beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 Mill. ℳ auf 8 Mill. ℳ.

Dollarkurs 198.— Mark.

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) Zum Handel und zur Notierung an der Berliner Börse wurden 15 Mill. ℳ neue Stammaktien der Maschinenfabrik Karlsruhe zugelassen.

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) **Zusammenschluß im Getreidegroßhandel.** Mit einem Aktienkapital von 30 Mill. ℳ ist in Charlottenburg die Großhandels-Aktiengesellschaft für Getreide und Mühlenfabrikate gegründet worden. Dem Aufsichtsrat gehört ein Vertreter der Darmstädter Bank und ein Vertreter des Berliner Bankhauses Hardy u. Co. an.

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) **Magdeburger Hagelversicherung.** Bei einem Jahresüberschuß von 1 595 790 ℳ (410 989 ℳ) verteilt die Gesellschaft 125 ℳ (95 ℳ) Dividende für jede Stammaktie wie einen Bonus in gleicher Höhe.

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) Die **Baumwollspinnerei Gelenau A.-G. in Gelenau** beantragt die Verteilung einer Dividende von 40% (30%).

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) Die **Flensburger Dampfer-Compagnie** schlägt 40% (30%) Dividende vor.

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) **Mechan. Weberei Zittau.** Der Aufsichtsrat schlägt die Erhöhung des Grundkapitals um 6,3 auf 14 Mill. ℳ vor, wobei den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 2 zu 1 zu 220% eingeräumt werden soll.

× **Berlin**, 10. Febr. (Eig. Drahtb.) **Werkzeugmaschinenfabrik Union in Chemnitz.** Der Geschäftsgang ist nach Mitteilung der Verwaltung gegenwärtig flott.

Waren und Märkte.

Mannheimer Kleinviehmarkt.

Der Auftrieb zum gestrigen Kleinviehmarkt bezifferte sich auf 113 Kälber, 61 Schafe, 223 Schweine und 87 Ferkel. Bezahlt wurden pro 50 kg Lebendgewicht: für Kälber Kl. B 1600—1700 ℳ, C 1550—1600 ℳ, D 1450—1500 ℳ, E 1300—1400 Mark; Schafe Kl. A 900—1000 ℳ, B 850—900 ℳ, C 800—850 ℳ, D 750—800 ℳ, E 700—800 ℳ; Schweine Kl. A 2000—2050 ℳ, B 1950—2000 ℳ, C 1900—1950 ℳ, D 1850—1900 ℳ, E 1700 bis 1750 ℳ, F 1600—1700 ℳ, Ferkel 170—350 ℳ pro Stück. Tendenz: Das Geschäft in Kälbern war mittelmäßig, Markt langsam geräumt; in Schweinen mittelmäßig, kleiner Ueberstand; in Schafen ruhig, nicht geräumt; in Ferkeln ruhig. Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spesen, wie Fracht-, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühr, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlust erklärt.

Der Verband der Bleistiftfabrikanten hat wegen der beträchtlichen Verteuerung der Gestehungskosten und der neuen Lohn- und Gehaltsforderungen am 1. Februar mit sofortiger Wirkung die Erhöhung der alten Aufschläge von 50 auf 80% beschlossen.

Günstige Lage der sächsischen Glasindustrie. In der G.-V. der Sächsischen Glasindustrie A.-G. Brockwitz und August Walter u. Sohn A.-G., Dresden, wurde mitgeteilt, daß trotz der Tag- und Nachtschichten Aufträge zurückgewiesen werden mußten, da sie nicht bewältigt werden konnten.

Berliner Metallbörse vom 9. Februar.

Preise in Mark für 100 Kg.

	8. Februar	9. Februar		8. Februar	9. Februar
Elektrolytkupfer	6084	5930	Aluminium i. Barr.	6700	[illegible]
Raffinadekupfer	5350—5325	5350—5400	Zinn, ausländ.	13500—13600	[illegible]
Blei	1950—1950	1850—1890	Hüttenzinn	13300—13400	[illegible]
Rohzink (Vb.-Pr.)	2125—2150	2100—2125	Nickel	12000—12500	[illegible]
do. (fr. Verk.)	2131	2143	Antimon	2000—2050	[illegible]
Plattenzink	1650—1700	1650—1675	Silber für 1 kg.	3700—3725	[illegible]
Aluminium	6500	6200			

London, 9. Februar (WB) Metallmarkt. (In Lst. für d. engl. t. v. 1016 kg.)

	8.	9.		8.	9.		8.	9.
			bestselect.	67.—	67.—	Blei	[illegible]	[illegible]
Kupfer Kass	61.65	61.40	Nickel	175.—	175.—	Zink rrst.	[illegible]	[illegible]
do. 3 Monat	62.65	62.25	Zinn Kassa	137.40	134.40	Quecksilber	[illegible]	[illegible]
do. Elektrol	68.—	68.—	do. 3 Monat	139.15	136.15	Antimon	[illegible]	[illegible]

Bremen, 9. Febr. Baumwolle 79.30 (79.70) ℳ für 1 kg.

Liverpool, 8. Februar (WB) Baumwolle. (In engl. Pfd. v. 454 g.)

	8.	9.		8.	9.		8.	9.
Umsatz	8000	8000	April	9.39	9.60	Alexandria	[illegible]	[illegible]
Import	13970	2090	Mai	9.39	9.60			
Februar	9.36	9.57	Juni	9.33	9.56	Oberägypt.	[illegible]	[illegible]
März	9.40	9.61	Aegyptische	14.65	15.20			

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 9. Februar (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	8.	9.		8.	9.		8.	9.
			Zuf. aus.	9000	11000	stand wt.	13.—	[illegible]
Kaffee loko	9.15	9.15	Elektrolyt	13.50	13.40	Crud. Bal.	3.25	[illegible]
März	8.70	8.62	Zinn loko	32.12	32.23	Zuck. Centrf	3.70	[illegible]
Mai	8.70	8.66	Blei	4.75	4.75	Terpentin	82.—	[illegible]
Juli	8.67	8.64	Zink	4.82	4.82	Savannah	65.—	[illegible]
Septemb.	8.63	8.65	Eisen	18.75	18.75	N. Ort Baum	16.75	[illegible]
Dezemb.	8.68	8.64	Weißblech	4.75	4.75	Weizen rot	141.—	[illegible]
Baumw. loko	17.40	17.35	Schmalz wt.	11.32	11.35	Hart loko	141.—	[illegible]
Februar	17.05	16.96	Talg	6.50	6.50	Mais loko	68.75	[illegible]
März	17.10	17.02	Baumwollöl	9.23	9.50	Mehl niedr. P.	5.—	[illegible]
April	16.90	16.87	Mai	9.73	9.67	höchst Pr.	5.75	[illegible]
Mai	16.80	16.73	Petrol. cases	17.50	17.50	Getrdfr. Engl.	3.—	[illegible]
Juni	16.60	16.41	tanks	7.—	7.—	Kontinent	17.—	[illegible]

Chicago, 9. Februar (WB) Funkdienst (Nachdruck verboten).

		8.	9.			8.	9.		8.	9.
Weizen	Mai	131.—	129.75	Roggen	Juli	88.—	86.—	Schweine		
"	Juli	116.25	115.75	Schmalz	März	10.40	10.42	leicht niedr.	8.75	[illegible]
Mais	Mai	59.85	56.15	"	Mai	10.65	10.65	höchst.	10.00	[illegible]
"	Juli	61.25	60.15	Pork	Mai	18.75	18.75	schw. niedr.	9.15	[illegible]
Hafer	Mai	40.40	40.15	Rippen	Mai	9.93	10.02	höchst.	9.40	[illegible]
"	Juli	41.85	41.40	Speck	niedr.	9.50	9.50	Zuf. Chicago	18000	[illegible]
Roggen	Mai	89.75	87.50		höchst.	10.50	10.50	Westen	112000	[illegible]

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Februar

Pegelstation vom Rhein	5	6	7	8	9	10	Bemerkungen
Schusterinsel	2.60	2.25	1.80	1.61	1.30	1.35	Abends 6 Uhr
Kehl	3.94	3.53	3.22	2.97	2.68	2.45	Nachm. 2 Uhr
Maxau	5.78	6.21	5.70	5.17	4.77	4.53	Nachm. 2 Uhr
Mannheim	4.52	5.64	5.61	4.90	4.23	3.73	Morgens 7 Uhr
Mainz	1.24	2.23	2.41				F.-B. 12 Uhr
Caub	2.04	3.22	4.00	3.64	3.30		Vorm. 2 Uhr
Köln	3.00	3.71	4.78	4.79	4.26		Nachm. 2 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	5.05	5.86	5.63	5.05	4.25	3.73	Vorm. 7 Uhr
Heilbronn					1.16	0.80	Vorm. 7 Uhr

Nordwind, Heiter — 21°.

Mannheimer Wetterbericht

vom 10. Februar morgens 7 Uhr.

Barometer: 767,6 mm. Thermometer: —11,8° C. Niedrigste Temperatur Nachts —12,0° C. Höchste Temperatur gestern: —2,0° C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. N 2. Heiter.

An unsere Bezieher und Mitarbeiter.

Alle Einsender von Anfragen müssen wir infolge Erhöhung der Postgebühren bitten, Rückporto oder freigemachte Briefumschläge beizufügen.

Redaktionellen Beiträgen, deren Rücksendung verlangt wird, ist ebenfalls das Rückporto anzufügen. Für die Rücksendung unverlangter Beiträge lehnen wir jede Verantwortung ab. Belegblätter werden in Zukunft berechnet.

„Mannheimer General-Anzeiger".

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2. Direktion: Ferdinand Heyme. — Hauptschriftleitung: Dr. Fritz Goldenbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Handel: Dr. Franz Kircher; für Feuilleton: A. Maderno; für Lokales und den redaktionellen Inhalt: Richard Schönfelder; für Anzeigen: Karl Hügel.

Die glückliche Geburt ihrer Tochter

Ingeborg

beehren sich anzuzeigen. 1368

Hans Dickertmann und Frau Dora geb. Stritter

Deidesheim (Pfalz), am 8. Febr. 1922.

Statt Karten.

Walter Götzel und Frau Else geb. Fuld

zeigen die Geburt ihrer Tochter

Lotte an.

Mannheim, den 7. Februar 1922.
z. Zt. Luisenheim. *9268

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem Leiden verschied am 7. Febr. meine liebe Frau u. herzensgute Mutter

Frau Julie Apfel geb. Gröble

im Alter von 66 Jahren.

Mannheim, 9. Febr. 1922.

In tiefer Trauer:
Emil Apfel
Rösel Koch geb. Apfel
Gustav Koch

Die Beerdigung findet Samstag, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle aus statt. Kondolenzbesuche und Blumenspenden dankend verbeten. *9319

Danksagung.

Allen, die bei dem Hinscheiden meines teueren, unvergeßlichen Gatten, unseres guten, treubesorgten Vaters u. Schwiegervaters, Herrn *9261

Rudolf Schumann

uns in so wohltuender Weise ihre anteilnehmende Teilnahme fühlen ließen, durch Kranzspenden, Teilnahme an der Begräbnisfeier, sowohl wie auch andere Beileidskundgebungen, sagen wir unseren tiefgefühlten, herzlichsten Dank.

MANNHEIM, den 9. Februar 1922.
Seckenheimerstr. 99

Frau Emma Schumann geb. Moser
Alois Behringer und Frau Emma geb. Schumann.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Für die Verbraucher gelten folgende Lebensmittelmarken:

Von Samstag, den 11. Februar ab: für je 750 Gr. Brot die Marken Nr. 17 und 18.

Nachmittags: vom Dienstag, den 14. Februar ab: 700 Gramm das Pfund zu M. 3.50 die Marke Nr. 7 in allen Bäckereien und Mehlspezialgeschäften, bei denen die Kostempelung der Bestellbuchhefte erfolgte.

In der Zeit vom 4. bis 10. Februar wurden aufgerufen: 61
Je 750 Gramm Brot die Marken Nr. 11 und 12

Einladung.

Den Bürgerausschuß berufe ich zu einer Versammlung auf:

Freitag, den 17. Februar 1922, nachmittags 3¼ Uhr in den Bürgerausschußsaal des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Kreditüberschreitung.
2. Uebernahme der städtischen Sammlungen im Mannheimer Schloß in städtische Verwaltung.
3. Errichtung weiterer planmäßiger Lehrerstellen an Höheren Lehranstalten.
4. Erhöhung des Personalstandes der Berufsfeuerwehr.
5. Erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit.
6. Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung.
7. Straßenbahnlinie nach Sandhofen.
8. Beschaffung von Anhängewagen für die Straßenbahn.
9. Wiederherstellung des Betriebs im Wasserwerk Rheinau.
10. Erstellung einer Schlackenausscheidungsanlage im Gaswerk Luzenberg.
11. Brauchgewinnungsanlage im Gaswerk Luzenberg.
12. Auffüllung des linksseitigen Neckarvorlandes oberhalb der Friedrichsbrücke und Verlegung des städtischen Materiallagerplatzes.
13. Wiederherstellung des linksseitigen Neckarvorlandes zwischen km 4,100 und 4,955.
14. Anlage eines Umschlaghafens am Neckarkanal zwischen Riedbahn und Friedhof.
15. Aenderung der Satzung des städtischen Gesamts.

Zu Ziffer 12, 13 und 14 der Tagesordnung können am Tage der Sitzung von den Mitgliedern des Bürgerausschusses Pläne eingesehen werden.

Der Oberbürgermeister. 9

Versteigerung.

Montag, den 13. Februar 1922, nachmittags 2 Uhr, zu **Ludwigshafen a. Rh., Kaiser Wilhelmstr. 65,** versteigere ich aufragsgemäß wegen Geschäftsaufgabe folgende Gegenstände gegen Barzahlung: 1344

4 Chaisenpferde, gut im Zug, für Rollfuhrwerk geeignet, **verschiedene Landauer,** darunter ein ziemlich neuer **Hochzeitswagen,** sowie verschiedene **Ein- und Zweispänner-Geschirre.**

Ludwigshafen a. Rh., den 8. Februar 1922

Anton Reich, Rechtskonsulent
Marstraße 50.

Unterricht.

Engl. u. Französ.

Neue Kurse für Anfänger, heute abend 8 Uhr. Anmeldung jederzeit in der **D-E-F-Sprachschule O 6, 7,** Tel. 7281. S3

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Großmutter, Schwiegermutter und Tante, Frau

Stephanie Lorenz Wwe.

geb. Breivogel

gestern morgen 2 Uhr nach langem, schweren Leiden im Alter von 65 Jahren 3 Monaten sanft verschieden ist.

MANNHEIM, den 10. Februar 1922.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Ludwig Lorenz und Geschwister.

Die Beerdigung findet Samstag, den 11. Februar 1922, nachmittags ½2 Uhr statt. 1382

Offene Stellen

Teilhaber-Kaufmann

Zwecks Gründung sol. hochrentabl. Unternehm., konkurrenzl., Patentamtl. gesch. suche ich **tätig. Mitarbeiter** mit 50—70 Mille, große laufende Aufträge vorhanden.
Angebote unter H. E. 21 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *9307

Für einen neukonstruierten Bohrapparat D. R. G. M. wird für Mannheim und Umgebung ein rühriger *9286

Platz-Vertreter

gesucht, der bei der einschlägigen Kundschaft gut eingeführt ist. In Frage kommen alle Fabriken, größere und kleinere Werke. Zuschr. unter G. U. 11 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Großhandlung in Drogen, Chemik., und pharm. Spezialitäten, sucht

jungen Mann oder Fräulein

möglichst aus der Branche, für die Fakturen-Abteilung. 1372

Angeb. u. M. Q. 116 an die Geschäftsstelle.

Kohlen.

Mannheimer Grosshandlung sucht zum baldigen Eintritt einen *9253

jüngeren, eingearbeitet. Herrn

für Büro und Reise. Zuschriften unt. G. P. 97 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiger jüngerer

Kaufmann

aus der **Kolonialwaren-Branche** mögl. sofort evtl. per 1. April **gesucht.**

Derselbe muß an selbständiges Arbeiten gewöhnt sein und sich auch zum Besuch der Engros-Kundschaft eignen. Angebote unter C. M. 923 an Rudolf Mosse, Mannheim. G15

Lastkraftwagenführer

geübter Fahrer mit Reparaturen vertraut, **sofort** gesucht. Dreizimmerwohnung vorhanden. Angeb. unter M. S. 118 an die Geschäftsst. 1380

Perfekte Stenotypistin

und ein

Lehrmädchen

für Getreide- und Futtermittel-Einfuhr- und Kommissionsgeschäft per sofort gesucht. Angebote unter G. D. 95 an die Geschäftsstelle. *9249

Existenz!

bietet sich auch für Nichtkaufmann durch Verjandgeschäft. Zur Uebernahme 12—15000 M. nötig. Näheres Freitag 2—4.
Park-Hotel Zimmer 51. *9312

Für Privat-Klinik

nach **Ludwigshafen** eine **ältere** *9283

Schwester

gesucht.
Angeb. u. G. T. 10 an die Geschäftsstelle.

Weißnäherin

für Herrenwäsche ges. Angebote u. G. Z. 16 an die Geschäftsstelle. *9298

Tüchtiges

Zimmermädchen

per 1. März oder früher ges. Frau Dir. M. Kuhn, Augusta-Anlage 12. Tel. 1102. *9248

Ehrliches

Mädchen

mit guten Empfehlungen für Konditorei gesucht, muß auch bedienen. *9293
Kaffee-Konditorei Mack Seckenheimerstr. 18

Tüchtiges

Hausmädchen

bei höchstem Lohn per sofort gesucht. B4839
C 3, 4, parterre.

Aeltere, zuverlässige

Wirtschafterin oder Stütze

für bald gesucht, für kl. Anstaltsbetrieb. *9281
Angeb. u. G. S. 9 an die Geschäftsstelle.

Alleinmädchen

für kl. Haushalt gesucht. Hebelstraße 5, 1 Tr. hoch *9246

Tüchtiges Mädchen

sofort gesucht. *9243
Freuzel, Q 3, 9 Weinhandlung.

Ein ordentl. schulentl.

Kindermädchen *9230

per sof. ges. für tagsüber.
Bergmann R 3, 2b. Tel. 3058.

Für die Nachmittagsstunden *9313

junges Mädchen

zur Hilfe bei den Kindern gesucht.
Möller, E 4, 12/16.

Alleinmädchen

das bürgerl. kochen kann, in kl. Haush. ges. *9301
Bromberg, E 3, 1, II.

Sauberes ersahrenes

Mädchen

bei gutem Lohn. *9[illegible]
Rüger, Rheinvorlenstr. 17.

Braves Mädchen

für Küche und Hausarbeit bei hohem Lohn gesucht. Hilfe vorhanden.
Frau Dr. W. Berteau E 3, 14, III. *9316

Fleiß. Mädchen

in Geschäftshaus gegen hohen Lohn gesucht evtl. tagsüber. *9309
Näheres **L 14, 3.**

Kindermädchen

zu 4jährigem Kinde **gesucht** *9[illegible]
Rommelß, D 1, 1.

Lehrmädchen

gesucht. *9301
Jäger, E 3, 7.

Stellen-Gesuche

Junger Mann

bewandert in der Zeitungsbranche *9272

sucht Stellung

in einem Zeitungsverlag. Suchender ist schon lange Jahre in kaufm. Büros in einer Zeitung tätig. Auch eignet er sich für die Berichterstattung auf dem redaktion. Gebiet gut.
Angeb. unt. G. N. 4 an die Geschäftsstelle.

Fräulein

sucht **passende Volontärstelle** in Friseurgeschäft. *9295
Angebote u. G. W. 13 an die Geschäftsstelle.

Besseres Fräulein, 24 J., **sucht**

Stellung

in nur gutem Hause zur weiteren Ausbildung. Gute Behandlung; Lohn Nebensache.
Gefl. Angeb. unt. G. V. 12 an die Geschäftsst. *9287

Verkäufe.

Wohnhaus mit kl. Laden

bis Anfang Mai evtl. freiwerd. 4 Zimmerwohn. in Q an rasch entschlossenen Käufer zu 95 000 M. bei 55 000 M. Anzahlung sofort zu verkaufen.
Zu erfragen *9284
Schwetzingerstr. 47, part.

Registrier-Kasse

Glasabschluß mit Tasche, 400×200 cm für Büro geeignet, **kl. Regale** zu verk. B4824
Richter, M 2, 9, II.

Sehr gut erhaltenes

weißes Kinderbett

mit Matr. zu verk. *9[illegible]
Mühl, Meerfeldstr. 57, II. l.

Photo-Apparat

zu verkaufen oder gegen **Herrenrad** zu vertauschen. *9266
Rill, Gartenfeldstraße 55.

Sehr guterh., wenig getr. Damenmant. (dunkelbl.), Herrenüberz., 1 Etagere, 1 gute, fast neue Hole, feine Herrenst. m. Leist., Gr. 42, mehrere Damenblusen u. Hüte um die Hälfte b. Kaufpr., Handschuhständer zu verkaufen.
Lehoff, Rheinstr. 9, 1 Tr., D 3. *9285

Kassenschrank

68 cm Breite, 145 cm Höhe, 51 cm Tiefe, Firma G. Sees, Mannheim, preisw. zu verkaufen bei Dr. Gilmer, Heidelberg, Bismarckstraße 75. Besichtigung jederzeit bei vorherig. Anmeldung.

Herren- u. Damen-Fahrrad

preisw. abzugeben. *9269
Max Josephstr. 32, part.

Herren- und Damenräder

neue und gute gebrauchte billig zu verkaufen. *9[illegible]
Fahrrad-Haus „Frisch auf" Tattersallstraße 17.

Schöne, große

Regulator-Uhr

billig zu verkauf. *9262
Möller, Tattersallstr. 34.

---

52 qm wasserdichte Plane für Plastiken zu verkaufen
Krämer, B 6, 7. *9303

Mod. Kücheneinrichtung

eich. Schlafzimmer, Diwan Chaiselongue, Sofa, Betten, 2tür. Schränke, Küchenschrank, extra bill. zu verkaufen. *9317
Klinger, S 2, 6.

Schneeschuhe zu verkauf. **Kühnle,** U 4, 20, IV. *9283

Ein Marmor-Schaufenstergestell

286 cm lang, 43½ cm breit, für Metzgerei geeignet, zu verkauf. *9306
Max Josephstr. 4, Laden.

Schöner *9294

Kinderwagen

zu verkaufen. Fischer, Schwetzingerstr. 154, 2. St.

---

15 bl prima alten

Apfelwein

2 bl Zwetschgenwasser

zu vertauschen. *9275
R. Bethäuser, **Gamburg** Haus No. 47.

Zwerg-Rehpinscher

rasserein (Weibchen) in g. Hände billig zu verk. *9304 Kluge, N 4, 1.

Kauf-Gesuche.

Villa

zu kaufen gesucht. Preis Nebensache.
Angeb. unt. M. P. 115 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

---

1 Bücherschrank
1 Waschkommode

gebraucht, zu kaufen gef. Angebote an **Klein,** Meerfeldstr. 67. *9305

Rohrplatten-Koffer

zu kaufen gesucht. *9297
Angebote unt. G. Y. 15 an die Geschäftsstelle.

Piano

sofort aus Privat zu kaufen gesucht. *9271
Schmitt, U 5, 13, 1 Tr.

Blankes Rundeisen

15 mm Durchm., ev. zweite Wahl, sowie gewöhnlich. **Rundeisen,** 32 mm in Unterlängen in größer. Quantitäten laufend ges. Angebote u. M. R. 117 an die Geschäftsstelle. 641

Miet-Gesuche.

Geiernder Arbeiter, Witwe 40er, ruhige Person, sucht sofort oder später einfach

möbl. Zimmer

mit Familienanschluß. Angebote unt. F. Q. 82 an die Geschäftsstelle. *9227

1—2 leere Räume für Büro

geeignet, wenn möglich mit Telephon zu mieten gesucht. Preis Nebensache. *9296
Angebote u. G. X. 14 an die Geschäftsstelle.

Lebensmittel zur Weißen Woche:

Hasenragout . . . . Pfd. 15.00
Hasenbraten u. Geflügel billig
Fst. Cassler Rippenspeer ½ 8.50
Dürrfleisch . . . . . ½ Pfd. 17.50
Lioner . . . . . ¼ Pfd. 5.25
Preßkopf, rot u. weiß ¼ Pfd. 5.25
Leberwurst und Rotwurst ¼ 5.75
Landjäger . . . . . 2 Stück 7.20
Wiener . . . . . 2 Stück 3.95
Hartwurst ¼ Pf 7.20, Bierw. ¼ 9.75
Thür. Cervelat und Salami ¼ 10.50

Schweineschmalz u. Margarine vorrätig

Cond. Schweiz. Vollmilch Dose 19.75
Camembert 6.95, Kräuterkäse 5.50
Vollfetter Tilsiterkäse ¼ Pfd. 9.50
ff. Palmbutter . . . . . Pfd. 28.00
Senf, Pumpernickel billigst

Anchovy-Sardellenbutter . . . 4.75
Makrelen i. Oel . . . . Dose 17.50
Capern 8.95, Mayonnaise vorrätig
Lachspaste 9.50, Gabelbissen 8.75

Kurfürstl. Magenlikör . . . 51.00
Curacao orange 48.50
Kirsch, Zwetschgenwasser vorrätig
Vanillelikör 34.50
Boonekamp 33.50

Königsbacher Rotwein . . . 27.00
Malaga, Süßwein und Sekt vorrätig

Helle breite Nudeln . . . Pfd. 9.75
Maccaroni, Spaghetti vorrätig
ff. Eier-Nudeln . . . Pfd. 15.50
Reis . Pfd. 6.75, Erbsen Pfd. 5.25
Bohnen Pfd. 4.50, Sago Pfd. 6.25
Maj. Grieß . . . . . Pfd. 4.75
Kaffee . . . . . ½ Pfd. 26.75
Prima Kornkraft ½ 2.70, Pfd. 5.20
Maggi-Würze . . 2.40, 3.20, 3.75
Grünkern . . . . . Pfund 7.50,
Haferflocken . . . . . Pfund 5.75
Pfeiffer & Düfer, Frank-Cichorie

Backpulver 18, Puddingp. 35 Pfg.
Eipulver . 1.00, Saccharin 75 Pfg.
Helvetia Heidelbeermarmelade . . . . . } Pfd. 9.50
Helvetia Apfelgelee . }
Spinat fix u. fertig 2 Pfd.-Dose 5.75

Erbswurst 1.50, Kuchenmehl P. 4.75
Maggi-Knorr-Suppentafel billigst
Citronen . 1.35, Orangen . . 1.40
ff. Mischobst ¼ Pfd. 2.70 u. 4.75
geir. Zwetschgen . . . ½ Pfd. 3.50
Feigen ¼ 4.95, Mandarinen ¼ 4.20

Blumenkohl in allen Größen

Kakao, Tee, Schokoladen
im Parterre in vorteilhaft. Auswahl

SCHMOLLER

Vermietungen

Gr. Laden mit Magazin

für Lebensmittelgeschäft od. dergl. sof. zu verm.
Arnold *9[illegible]
Bachstraße, Katharinenstraße 68.

Geldverkehr.

Tüchtiger Geschäftsmann

sucht ein Darlehen

aufzunehmen geg. guten Zins u. jederzeitige Rückgabe. Angeb. unt. H. P. 22 an die Geschäftsst. *9310

Vermischtes.

Bruchkranke

können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunden in **Mannheim, Hotel Weinberg,** am 14. Februar von 9 bis 1 Uhr. G2
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt f. Bruchleiden

Teppiche Cocos-Läufer

für kalte Räume Steinböden-Küchen.

Teppichlager Hugo Seligmann
Tel. 8154 F 1, 10

Einige hübsche **Damenmasken** preisw. zu verleihen. *9315
Rheindammstr. 59, 1 Tr.

Fräulein

empf. sich v. 1. März ab i.

Weißnähen und Flicken

in u. außer dem Hause.
Zuschr. u. H. B. 18 an die Geschäftsstelle *9300

Entlaufen.

Ein Jagdhund

auf den Namen „Treff" hörend. Für Wiederbringer wird gute Belohnung zugesichert.
Hausmeister **Bläss**
Augusta-Anlage 32. *9268

Brauner

Jagdhund entlaufen.

Abzugeben gegen Belohnung N 4, 2, Laden.
Vor Ankauf wird gewarnt. *9323

Von hiesigem Großkaufmann

5-6 Zimmer-Wohnung

(nur für Wohnzwecke) in bester Lage gesucht. Umzugskosten 2c. werden vergütet. Schöne 4—5 Zimmerwohnung mit Bad und elektr. Licht in Karlsruhe kann, wenn gewünscht, eingetauscht werden. Angebote an **Postfach 465 Mannheim** erb. *9252

Fleischpreise.

	per Pfund Mk.
Ochsen- u. Rindfleisch I. Qualität	20.25
„ „ „ II. „	18.25
Rind- u. Kuhfleisch III. „	14.25—16.25
Kalbfleisch	22.25—24.25
Schweinefleisch	26.25—28.25
Hammelfleisch	20.25

1376

Fleischer-Innung Mannheim.

Cenovis Haferflocken 1 Pfund-Paket 5.50
Cenovis Gerstenmehl ½ Pfd.-Paket 2.40
Cenovis Hafermehl ½ Pfund-Paket 3.90
Cenovis Grünkernmehl ½ Pfd.-Paket 4.30
Suppengerste Pfund 5.60 u. 6.—
Quäker Oats . . 1 Pfund-Paket 9.50
Malzena—Mondamin—Puddingpulver
Tapioca, offen 1 Pfund 3.—
Makkaroni — Nudeln
Suppenteige
Fleischbrühersatzwürfel Knorr Stück 4 Pfg. S326
Feine Marmeladen, offen ausgewogen
Helvetia-Confitüren in großer Auswahl
Apfelmus 2 Pfd.-Dose 9 u. 12.—

Johann Schreiber.

Kammer-Lichtspiele

Spielplan von Freitag bis Montag:

Das große Radiumgeheimnis

Der amerikanische Riesenfilm in 6 Abteilungen (36 Akten)

2. Teil: Die elektrische Hölle
6 spannende Akte S264

Das große Radiumgeheimnis bringt Sport u. Dramatik in höchster Vollendung, zeigt Anmut und Grazie schöner Frauen, nämlich der beiden tollkühnen Film-Diven:

Eileen Sedgwick und Ciso Madison

Es bringt Meisterleistungen d. bekannt. Champion-Boxart **Bob Reeves**

(Jeden Freitag folgt eine Fortsetzung)

Das Todeslos

Drama in 5 Akten.

National-Theater Mannheim.

Freitag, den 10. Februar 1922

31. Vorstellung in Miete Abteilung A für 2. Parkett A 261 40

Zum ersten Male:

Der Wettlauf mit dem Schatten

Schauspiel in 3 Aufzügen von Wilhelm von Scholz
In Szene gesetzt von Heinz W. Voigt

Dr. Hans Martins, Romandichter	Fritz Alberti
Bertha, seine Frau	Grete Bleck
Ein Freunder	Wilhelm Kolmar
Eine Hausangestellte	Anna Lennle
Ein Dienstmann	Adolf Jungmann
Ein Polizist	Josef Reukert

Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr. 6248

K. R.

Kabarett Rumpelmayer
Täglich abends 8¼ Uhr. Sonntags 4 u. 8¼ abends
Große Vorstellungen.

Kaffee Hohenzollern

Rumpelmayer

Heute Freitag, den 10. Februar, abds. 8 Uhr
Das beliebte 1362

Extra-Konzert

mit neuen Kabarett-Einlagen.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Weinhaus Kaukas

L 4, 12 :: Tel. 3386 1361

Heute u. morgen

Schlachtfest.

Reith's

Weinhaus „Hütte"

Familien-Restaurant 212

Q 3, 4 Tel. 6684

Alle Gesangvereins-Dirigenten

Mannheims und Umgebung (Mannheimer Bezirk) werden zwecks Gründung einer 1370

Vereinigung Mannheimer Chormeister

ersucht sich am **Sonntag, 12. Febr. cr. punkt 11 Uhr** in der Hochschule für Musik, L 2, 9a, einzufinden.

Bartosch, Belerle, Gaber, Gellert, Hansen, Hanek, Sieder, Sinzheimer, Stegmann.

SCHAUBURG

Ab heute!

Bruno Kastner

der ausgesprochene Liebling der Damen in

Graf, Tänzerin u. Staatsanwalt

Ein Sensationsschauspiel in 6 ganz gewaltigen Akten

Sonstige Mitwirkende:
Edith Meller, Ernst Rotmund
Leopold v. Ledebur und Georg John

Sie, was Sie denken ist nicht

Lustspiel in 3 Akten. 5270

Anfang 4 Uhr!
Letzte Vorstellung 8 Uhr.

SCHAUBURG

Warenhaus

KANDER

Mannheim

Kokosfett	Pfund 25.75
Margarine	Pfund 25.00, 24.00
Eiernudeln	Pfund 12.00
Kunsthonig	Pfund 7.50
Grieß	Pfund 5.75, 4.20
Mondamin	Paket 3.50
Preiselbeeren	2 Pfund-Dose 21.00
Apfelmus	2 Pfund-Dose 8.50, 7.50
Heidelbeeren, gesüßt	1 Pfund 7.20
Aprikosen	2 Pfd.-Dose 28.-, 1 Pfd.-D. 12.25
Reineclauden o. Johannisbeeren	Dose 9.50
Kirschen, schwarz, gesüßt	2 Pfd.-Dose 16.25
Pflaumen	2 Pfd.-Dose 14.50, 1 Pfd.-D. 9.50
Birnen	2 Pfd.-Dose 16.90, 1 Pfd.-Dose 9.50
Kakao, Holländer	¼ Pfund 6.20
Kornfrank	1 Pfd.-Pak 5.20, ½ Pfd.-Pak 2.70
Reis Pfund 6.20	**Vollreis** Pfund 7.20
Bohnen, weiß oder braun	Pfund 3.95
Haferflocken, entspelzt u. entbittert	Pf. 5.50

Weizenmehl 6.50

Spezial 0 ..... Pfund

In unserem Erfrischungsraum

Reiner Bohnenkaffee 1.50
mit Milch u. Zucker ..... Tasse

Reiche Auswahl in Torten, Kuchen u. Gebäck

Fein. Speiseschokolade Tafel 8.80 u.	4.75
Cämmeschokolade	Tafel 6.75
Saure Bonbons gem.	½ Pfund 3.85
Feine Pralinees	½ Pfund 8.60
Keks in Rollen	3.00

Während unserer Wo Ben Woche **vorteilhafte Kaufgelegenheit** in allen Abteilungen.

DIE ABENTEURERIN VON MONTE CARLO

Union-Theater

Vom 10. bis 16. Februar: I. Teil: **„Die Geliebte des Schah"**
Vom 17. bis 23. Februar: II. Teil: **„Marokkanische Nächte"**
Vom 24. Feb. bis 2. März: III. Teil: **„Mordprozess Stanley"**

Alleiniger Vorverkauf Zigarrenhaus Schneider. 5281

Bitte Adresse genau beachten!

Grosse Sendungen

Schuhwaren

sind eingetroffen, welche wir trotz der enormen Teuerung noch billig abgeben können. Wir empfehlen

Konfirmanden- und Kommunikanten-Stiefel
für Knaben u. Mädchen

Eleg. Damen- und Herrenstiefel
schwarz, braun und Lack

Halbschuhe und Spangenschuhe
für Damen, Mädchen und Kinder
schwarz, braun und Lack 1368

Tourenstiefel
Jagdstiefel
Sportstiefel
Arbeitsstiefel

Schuhhaus Gebrüder Major

Mannheim
Schwetzingerstraße 39

Lindenhof-Lichtspiele

Ab heute bis Montag:
Die Tigerin
Ein Vagantenschicksal in fünf gewaltigen Akten.
In den Hauptrollen:
Margit Barnay u. Carl de Vogt

Ab heute bis Montag:
Dergeheimnisvolle Athlet
äusserst spannendes 5274
Sensationsdrama in 5 Akten.

Kolosseum-Lichtspiele

Ab heute in beiden Theatern: 5290

Albertinifilm Erst-Aufführung **Albertinifilm**

Samson, der Fürst der Hölle

Sensations-Drama aus dem Geheimbund eines Selbstmörderklubs mit **Luciano Albertini.**

5 Sensations-Akte 5

Außerdem im Kolosseum:
Wiedererwachen
od. Die Vergangenheit stirbt nicht

Außerdem im Walhalla:
Der Zirkuskönig
Sechster und letzter Teil

Walhalla-Lichtspiele

5380

Shackleton's Südpol-Expedition

Eine der waghalsigsten Entdeckungsfahrten

unternahm im Jahre 1914 SIR ERNEST SHACKLETON. Er wollte das bis dahin vollständig unerforschte

Südpolfestland

durchqueren. — Fast 3 Jahre verweilte Shackleton mit seinen todesmutigen Begleitern in Nacht und Eis, 3 Jahre tausende von Meilen entfernt von der letzten menschlichen Behausung, 3 Jahre lang ständig den Tod vor Augen, denn ungeheure Eisberge hielten das Fahrzeug wie mit ehernen Armen umklammert. Die wütenden Eispressungen zertrümmerten das Schiff, die Expedition mußte aufs Eis flüchten, bald hier, bald dort auf treibenden Schollen hausen, bis sie endlich eine barmherzige Strömung soweit nach Norden entführte, daß sie — offenes Wasser gewinnend — die einsame Elefanteninsel mit ihren seltsamen Bewohnern erreichen konnten.

Dieser Film ist ein Erlebnis für jeden ..... erschütternd und packend in der krassen Realistik seiner Ereignisse, hinreissend durch die märchenhafte Pracht seiner Bilder, die oft wie Szenen aus der Eiszeit anmuten. Er überbietet an Spannung, hochwissenschaftlichem Ernst, Wucht der Ereignisse und Abenteuerhaftigkeit alles, was bisher in dieser Richtung erschienen ist. Die Aufnahmen sind meistens mit unerhörter Kühnheit gemacht, teilweise von der höchsten eisüberkrusteten Massispitze senkrecht nach unten. 5276

Ferner als sensationelle Neuheit:

Die Zauberpuppe.

Ein Filmscherz in 2 Akten.

Dieser Film, dessen burleske Handlung in Zusammenhang mit den Befehlen eines **persönlich auftretenden Ansagers** steht, **Georg Majewsky vom Kölner Metropol-Theater** unterhält nicht nur durch seine Späße, sondern regt auch durch seine psychologischen Eigenarten und Filmtricks erfassende Rätsel zum Nachdenken an. Wer ist „die Zauberpuppe", die aufgeblasen wird, den Kopf verliert, unverwundbar scheint, Schnellrechner ist, aus der Zuhörerschaft zugerufene Worte schreibt und übersetzt, Wasser speit, in der Luft schwebt, die sich von einem wirklichen Revolver erschiessen läßt und wieder lebendig wird, sich selbst malt, im Bild lebendig wird usw.?

Zu beiden Filmen haben Jugendliche Zutritt

Vorführungen: 3.00 — 4.45 — 6.30 — 8.15 Uhr

Verstärktes Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Homann-Webau.

Palast-Theater

3

Schönheitspflege

Schmerzlose und narbenlose Entfernung von Haaren, Warzen u. Leberflecken, sowie Beseitigung all. Schönheitsfehler. — Gesichtsdampfbäder, Bestrahlungen beseitigen alle Hautunreinigkeiten — Spezialbehandlung bei starkem Fettansatz. „Doppelkinn usw." Hand- und Fußpflege. 519

Geschw. Steinwand
Tel. 4013 MANNHEIM, P 5, 13 Tel. 4013

Mechanische Werkstätte
Papiralk, L 5, 6
übernimmt
jede Reparatur von
Dampfmaschinen, Elektr., Gas- u. Ölmotoren, Buchdruckerei- u. Holzbearbeitungs-Maschinen, Drehbänken für 2 Drehbänke werd. angenommen